

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 24. April 1925

Nummer 17

INHALTSVERZEICHNIS

Für Marx — gegen Hindenburg	G. R.
Ich muß empor	Franz Dieberich
Für den Achtstundentag! Gegen Militarismus und Brudermord	• • •
Die Technische Nothilfe im Lichte der Arbeitgeber	J.
Volkstümliche Redekunst	G. R.
Aufwertung der Invalidenrenten	Mattulat
Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Betriebsräte • Aus der Spruch- praxis • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Straßenbahner Landstraßenwärter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Internationale Rundschau • Verbandsteil Rundschau • Briefkasten.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Wenn Besuch kommt

hilft sich die Hausfrau schnell aus jeder Verlegenheit, wenn Sie

Spritzgebäckenes

nach folgendem
Oetker-Rezept
herstellt:



3750 g Margarine Pfd. ca. 0.90	Mk. 0.60
250 g Zucker Pfd. ca. 0.45	0.23
2 Pflöckchen von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	0.12
25 g abgezogene und gemahlene Mandeln, Pfd. ca. 2.-	0.30
1 Ei	0.12
250 g Weizenmehl Pfd. ca. 0.24	0.12
250 g Dr. Oetker's Gustin oder kleinste Stärkemehl	0.32
	Mk. 2.10

Zubereitung:

Rühre die Butter schaumig, gib alle Zutaten nach der Reihe daran, fülle die Teigmasse in eine Butter- oder Gebäckspritze und spritze kleine Kränze oder S, die man dann bei mäßiger Hitze bäckt.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabr., Bielefeld

*) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Cigarettenfabrik Wolkowa

WILH. FIAGEMANN SOHN, ORSOY NIEDER RHEIN

VORR. N. HALLER

Direktor Versand an Private ohne jeden Zwischenhandel, von 200 Stück an Porto- u. Verpackungsfrei.

Verarbeitung nur Tomaten welcher Garantie-Zurücknahme, wenn Ware nicht völlig befriedigt, ist 2 Monate ohne Unterscheid des Standes, auf Wunsch nach mit 3% Skto.

Greisen-Waage 30 M.	0.75 M.	Derby - Meise 30 M.	2.00 M.
Kreuzer 50	1.25	A.D.A.C. 100	2.50
Jungfer 90	1.50	Standard 120	3.00

Ein Automat Betrieb bestehend aus 1 Schichtel u. 25 Stück wartender 6 Minuten Porto- und Verpackungsfrei für Mk. 11.- Zähler in 2 Minuten.

Preisliste gratis!

Wir betonen Ihnen
jedes gewünschte Buch
porto- und verpackungsfrei, auch in bequemem Ratze. Verlangen Sie umgehend unseren ausführlichen Katalog. Jede, auch die kleinste Bestellung wird schnell und sorgfältig erledigt.

Ackermannsche Buchhandlung
Berliner-Str. 44, Berlin, Magdalenstr. 16.

Billige böhmische Bettfedern!
Ein kg. graue, geschliss. M. 3.-, halbweiße M. 4.-, weiße M. 5.-, best. M. 6.-, 7.-, daunenweiche M. A.-, 10.-, beste Sorte M. 12.-, 14.-, weiße ungeschliss. M. 7.50, 9.50, best. Sorte M. 11.- Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn. Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet, Bescheid Sachsel, Leber Nr. 249, b. Pilsen, Böhmen.

Ziehung
18. u. 19. Mai 1925
Ostpreussische Geld-Lotterie
6824 Gewinne
in bar oder Anz.
M. 200 000
Hauptgewinn
50 000
" 30 000
" 20 000
" 10 000
Lose 3.30 M. Porto und
Lohn 33 M.
sind versandt mit amt. Bek. d.
Emil Schiller
Schlesien, Hainberg, Hainberg 37
Königs-Postfach erwünscht.

Reklamepreis nur 4 Mk.

Alle Anker Chronometer Nr. 52, mit verstellb. u. 30 Minuten Zeit, ganz neu, koste 4.50 M.
Nr. 53 gleiche mit Schieber 4.50 M.
Nr. 51 klein, mit verstellb. u. 30 Minuten 3.50 M.
Nr. 55 gleiche mit kleiner Zeit 3.50 M.
Nr. 58 mit Springe, ganz neu, koste 7.50 M.
Nr. 59 gleiche, verstellb. mit Schieber 7.50 M.
Nr. 70 gleiche, kleiner Form 6.00 M.
Nr. 51 gleiche, mit Uhr, 10 Jahre 6.00 M.
Metall-Uhrzeitwerk 6.00 M.
Festochette, verstellb. 0.50 M., mit verstellb. u. 30 Minuten 2.00 M., Goldschlüssel 3.00 M.
Nr. 47 Ankeruhr mit 1 Pfd. Rupfedern ungeschl. 5.00 M.
Nr. 25 gleiche, feinsten Fein mit kleiner Zeit, mit 12.00 M.
Uhren, plus Nacharbeit 3.00 M.
Uhren - Kasse, Berlin 24, Zessener Str.

Wohlerworbene Beamtenrechte
und den Versicherungsberechtigten
Kassenbeiträge - Teils frei.
Man schickt nur unentgeltlich
den Namen der Beamten und
jeher Name in Genossenschaft.
Soll und Zeit, jeher Pension und
Versicherungsberechtigter, der Wert
der Versicherung seine Rechte hat,
geliefert werden. Kart. 20 J. Preis
1.20 Mk. Bezahl. durch alle
Banken. Best.- und Anz. durch
jede Bank. Versicherungs-
Kassen-Verlag, C. & E. L.
Berlin 17 40, Friedrichstr. 154 50.

Anerkannt beste Bezugsquelle für
billige böhmische Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, geschliss. 1.25 M., halbweiße 1.50 M., weiße, feinst, geschlissene 2.25 M., feinst, Halbtaum-Herrschaftfedern 4, 5, 6 M., 1 Pfd. Rupfedern ungeschl. halbweiße 2.20 M., weiße 2.50, 3.25 M., allerbeste Flaumruhr 4, 5 M., Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Ausführliche Preisliste gratis.

S. Bausch, Prag-Weinberge, Kramerlova
Nr. 26/791, Böhmen.

Spezialangebot
gültig nur für Leser der „Gewerkschaft“

- Gottfried Keller's Romane.**
Gesammelte Werke, 5 Bände in Halblein., statt 30.- M. für nur 22.- M. franko Nachn.
- Krebs Tierleben.**
6 Ganzleinenbände, Reclam, statt 28.- M. für nur 22.- M. franko Nachn.
- Endlich die Wahrheit über die Marneschlacht.**
H. 1.20, franko Nachn. 1.50 M.
- Foss, Entdeckungen über d. Zusammenbruch.**
H. 1.50, franko Nachn. 1.80 M.
- Folgende Welt-Romane in Ganzleinenb. pro Band nur 2.00 M., ab 17 Bänden spezialred.**

Damen, Graf von Mont Carlo
- Billionsvererbt
- Der Herr der Welt
- Die Totenhand
- Die drei Himmels
- John John Miller

Damen, Zerstört Jahreweiser
Schicksal, Das Verste
1881 Rad
Dreizeh, Verste
Cassino, Handlung
Walden, Das Herr der Welt

Mein Spezialangebot hat nur Gültigkeit, soweit noch lieferbar.
Prospecte gratis und franko.

Friedrich L. Baden, Kaiserstraße 123,
Alwin Gloche, Verlagsbuchhandlung.

Käse-
Fabrik, Import
Großhandlung,
auch Paketversand zu
Original-Engros-
Preisen. Beamtete 14
Tage Ziel. Preisliste
mussent 15 Käseorten
umsent. Käse ist
nährhafter als Wurst
oder Schinken.

C. Armbruster,
Käsefabrik,
Eisenstr. 11 (Hohle)

Mark 100 Anzahlung
Mefere
Schlafzimmer, Speise-
zimmer Mk. 30 Einzel-
möbel Mk. 30 Kischen
WENGER, Berlin
Alte Schöndamm Str. 20

Vaste Magen-
Heilwundermittel be-
steht aus 24 Stunden
Bartsch, Wiesbaden

Alle Mitglieder versichern nur bei der
„NORD-SÜD“
Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin W 8, Alt.
Beamtenversicherung, Kronenstr. 2, Fernspr. Amt Merkur 3674, 3675

Es können zu außerordentlich günstigen Bedingungen:

- Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen für Haushalte, Gebäude, Geschäfte, Industrie und Landwirtschaft.
- Transport-, Reisegepäck- und Umzugsversicherungen.
- Haftpflicht-, Unfall-, Automobil- und Sportversicherungen.
- Lebensversicherungen aller Art (Neue Gotthard Lebensversicherungsanstalt).
- Fahrradversicherung gegen Radmangel und Diebstahl p. a. nur M. 6.-

durch die Herren Vertrauensmänner oder die Direktion direkt abgeschlossen werden. Mitglieder, die bereit sind, als Vertrauensmann für uns tätig zu sein, bitten wir um kurze Mitteilung und Angabe ihrer genauen Anschrift.

Filiale Braunschweig
Das Büro befindet sich im
Volksfreundgebäude, Schloßstr. 8, Hinterhaus, 2 Tr.
Sprechstunden sind von 8 bis 10 vorm. und von 4 bis 6 nachm.
Sonntags abends schließungs geschlossen. Die Filialverwaltung.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11844

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Für Marx — gegen Hindenburg!



Die Proklamierung Hindenburgs zum Präsidentschaftskandidaten der vereinigten Monarchisten zeigt, in noch viel schärferem Maße die ungeheure Gefahr, die der Republik, der Demokratie und der Freiheit drohen, wenn den Rückwärtlern am 26. April der Wahlsieg zufällt, als

erkannt. Es liegen sich mit seiner Kandidatur keine parteipolitischen Geschäfte machen. So ist der Reichsblock auf den überschlauen Gedanken verfallen, Hindenburg als Kandidaten aufzustellen, einen Mann, der in richtiger Selbsterkenntnis bisher nie den Anspruch erhoben hat, eine politische Rolle zu spielen, einen Mann, dessen ehrwürdiges Alter ihn davor schützen sollte, ein Opfer der Ratslosigkeit angeblich nationaler Parteien zu werden. — Diese Spekulation auf den Namen Hindenburg dient nur dem Zweck, hinter einer scheinbar überparteilichen Kandidatur zu verbergen, was der Reichsblock beabsichtigt: Die Vorherrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre, die diese Schiebung zustande gebracht haben, die Festigung ihres unkontrollierbaren Einflusses auf die Führung der Reichsgeschäfte. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Hindenburg nur dem Namen nach Präsident des Reiches sein soll. In Wahrheit wäre die Führung des Reiches den geschworenen Gegnern seiner Verfassung überantwortet, die jede sich ihnen bietende Gelegenheit benützen würden, an Stelle der demokratischen Republik das alte Herrschaftssystem wieder aufzurichten und die Rechte der Arbeitnehmer zu beseitigen, die in mühevollen Kämpfen den Feinden ihres Aufstiegs abgerungen wurden. — Für die Gegner der Republik ist gerade Hindenburg der geeignete Mann. Schon während des Krieges hat er sich von Ludendorff, Tirpitz und den übrigen Kriegsverlängerern dazu mißbrauchen lassen, alle Maßnahmen mit seinem Namen zu decken, durch die das deutsche Volk in das tiefste Elend gestürzt wurde. — In diesem Kampf kann es für die in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmer keinen Zweifel geben, daß sie dem dreifachen Versuch des Reichsblocks und seiner Mittläufer, sich der Führung der Republik zu bemächtigen

wenn der Rechtsblock an der Kandidatur Jarres festgehalten hätte. Daß wir bei der Betrachtung der Kandidatur Hindenburgs in Nr. 16 der „Gew.“ nicht zu schwarz gesehen haben, das beweist schon jetzt das Erschrecken des Auslandes, auch des neutralen, über die drohende Militärdiktatur in Deutschland. Auch das versteckte Verhökern der Poincaré- und Millerand-Leute beweist es. Dem allen gibt die Auslandspresse je nach dem in bedenklicher und warnender Weise an die Adresse Deutschlands oder in unverhohlenen feindsüchtiger Weise Ausdruck. Die Kandidatur Hindenburg hat in Deutschland schnell die Reste der noch bestehenden Bedenken gegen den republikanischen Sammelkandidaten Dr. Wilhelm Marx im sozialistischen und gewerkschaftlichen Lager beseitigt. Einmütig lehnen die Gewerkschaften aller Nationen Hindenburg ab, und ebenso einmütig legen sie sich für die Wahl von Wilhelm Marx den Republikanern ein. Die Vorstände des ADGB, des AM-Bundes und des AVB. haben deshalb folgenden Aufruf erlassen:

Ich muß empor!

Ich muß empor, ich bin ein Baum,
Will Licht, will Luft, will großen Raum.
Auf hohen Berg bin ich gestellt,
Wegweiser will ich sein der Welt.
Ich wuchs herauf aus hartem Grund,
Nun greifen die Aeste in weitem Rund.
Die Wurzeln klammern tief umher,
Die reißt kein Sturm aus dem Boden mehr.
Aus eisernen Steinen saugen sie Kraft,
In tausend Gliedern baut der Saft.
In dichten Ringen wächst mein Holz,
Stamm, Aeste, Äspfel recken sich stolz.
Es wölbt mein Laub sich hehr und schwer:
Gebaltes fernziel, Wetterwehr.
Spring an, du Sturm! reiß dort und hier!
Ich dringe dir ins Herrschrevier.
Die Wurzeln ehern, die Laubbrust breitet:
Ich bin das Leben, ich brauche den Streit.
Du willst mich brechen? Da brich die Frucht,
Wirf sie weit aus mit deiner Wucht!
Du mußt mir dienen, Gewaltherr du!
Die Frucht will Weltraum, — so hilf zu!

*

Ich bin ein Baum aus hartem Land,
Mit Aesten trotzig ausgespannt.
Ich trage mein Haupt mit kühnem Spähn,
Im Sturm gewachsen, im Sturm zu sä'n.

franz Diederich.

Die Wahl des Reichspräsidenten macht ein klares, eindeutiges Bekenntnis zum sozialen und demokratischen Volksstaat erforderlich.
Monarchie oder Republik? Absolutistischer Obrigkeitstaat oder Volksherrschaft? Militarismus oder Völkerveröhnung? das sind die Fragen, die das werktätige Volk am 26. April zu entscheiden hat.
Der sogenannte Reichsblock, der vom Reichslandbund und vom Reichsverband der Deutschen Industrie getragen wird, ist für dieurchbare Not und das große Elend der Inflationsjahre verantwortlich. Er hat die Ausichtslosigkeit seines ersten Kandidaten Jarres

und auf Schleichwegen die Verfassung nach ihren Wünschen umzugestalten, einmütigen Widerstand entgegenzusetzen müssen. Die Gewerkschaften haben sich bei mehr als einer Gelegenheit in den letzten kriegsreichen Jahren als Verteidiger der Republik, als Hüter der Einheit des Reiches, als mächtige und zielbewußte Schützer der Demokratie bewährt. Sie dürfen auch in dieser entscheidenden Stunde nicht versagen. Die demokratischen Einrichtungen der deutschen Republik sind die Grundlagen einer besseren Zukunft für das arbeitende Volk, an ihnen darf nicht gerüttelt werden.
Die Mitglieder der Gewerkschaften werden nicht dulden, daß an die Spitze des Reiches ein Repräsentant jener Parteien tritt, die aus-

schließlich Unternehmerinteressen vertreten und ihre Machtposition im wirtschaftlichen und politischen Leben zu verstärken trachten.

Die Gewerkschaften rufen deshalb ihre Mitglieder auf, sich geschlossen für Wilhelm Marx, den Kandidaten der republikanischen Parteien einzusetzen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Ihr habt die Macht, die Pläne der Reaktion zum Scheitern zu bringen!

Denkt an den Weltkrieg und seine entsetzlichen Folgen!

Denkt an die Millionen von Toten, Krüppeln, Witwen und Waisen! Denkt an die sinnlose Zerstörung von Kultur und Wohlstand!

Wie viele dieser Opfer wären den Völkern erspart geblieben, wenn sie sich rechtzeitig von dem verhängnisvollen Einfluß der Militaristen freigemacht hätten.

Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Vorherrschaft des Unternehmertums und seiner politischen Hilfstruppen, im Kampfe für die politische und wirtschaftliche Freiheit ist es eine Pflicht der Selbsterhaltung aller Gewerkschafter, am 26. April gegen Hindenburg — für Wilhelm Marx zu stimmen.

Und Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, begründet das im „Vorwärts“ vom 15. April folgendermaßen:

Die Gewerkschaften sind neben den Genossenschaften und der politischen Partei die Pioniere des sozialistischen Gedankens. Ihre besondere Aufgabe ist die Erklämpfung und Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiter, ohne die der politischen Freiheit die feste Grundlage und den Bestrebungen der Genossenschaften der Rückhalt fehlt. Um der wirtschaftlichen Freiheit des arbeitenden Volkes willen sind sie bei der konsequenten Verfolgung ihres Zieles vor wachsende Aufgaben gestellt worden. Es handelt sich für sie nicht mehr nur darum, die größtmögliche Freiheit der Arbeitnehmer innerhalb des kapitalistischen Systems durchzusetzen und den Kampf um dessen Umgestaltung der politischen Partei und den Genossenschaften zu überlassen, sondern sie sind schon längst und in den letzten Jahren mehr als je die eigentlichen Vorkämpfer der Wirtschaftsdemokratie. Der Gegensatz, den dieser bewußt geführte Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft aufgerissen hat, ist wichtiger und tiefer als der ursprüngliche Kampf gegen die schlimmsten Wirkungen der Ausbeutung, der vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, dem unmittelbaren Schutz der Arbeitskraft galt. Wenn er in rechtlich gemilderten Formen ausgefochten werden kann, so ist das dem Umstand zu danken, daß die Gewerkschaften bereits eine Macht im wirtschaftlichen Leben geworden sind. Ihrem Wirken ist es gelungen, in den Arbeitern und Angestellten das Bewußtsein zu wecken, daß sie zu Hauptträgern der Wirtschaft werden können, wenn sie nur die Kräfte entwickeln, die ihrem Streben nach wirtschaftlicher Demokratie Geltung verschaffen können: Klarheit über das Ziel wie über die Mittel zu seiner Verwirklichung, unter denen die geistige Schulung an erster Stelle steht.

Das Hineinwachsen in sich ständig erweiternde wirtschaftspolitische Aufgaben bringt es von selbst mit sich, daß die Gewerkschaften sich auch mit den allgemeinen politischen Fragen auseinandersetzen müssen. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind von der Gesamtpolitik der Nation nicht mehr zu trennen. Die Gewerkschaften könnten ihren Zwecken nicht gerecht werden, wenn sie sich von politischer Stellungnahme fernhielten. Sie müssen auch politische Farbe bekennen. Nicht politische Neutralität, sondern politische Unabhängigkeit ist das Vorrecht und die Freiheit, auf der sie bestehen müssen. Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien hat sich mit Recht in diesem Sinne ausgesprochen.

Die Gewerkschaften sind ihrem Wesen nach demokratische Organisationen. Sie waren bereits ein Stück lebendige deutsche Demokratie, ehe an eine demokratische deutsche Republik zu denken war. Sie haben ein weites Gebiet der Selbstverwaltung neu erschlossen, zunächst durch die Organisation der Arbeitskraft, durch die sie von selbst zu gegebener Zeit zu den Trägern des autonomen Arbeitsrechts wurden, das sich in den Tarifverträgen auswirkt.

Es verstand sich daher von selbst, daß sie in einem besonderen Sinn zur Vormacht des demokratischen Gedankens wurden und in den mannigfachen Krisen, die das Reich nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges und dem Zusammenbruch der alten Gewalten durchlebte, mehr als einmal die Millionen ihrer Mitglieder zum Schutz der Republik mobilisierten. An dem raschen und durchgreifenden Einfluß ihrer Macht scheiterte im März 1920 der erste gegenrevolutionäre Versuch, durch den Rapp der noch nicht gefestigten Republik den Todesstoß zu versetzen hoffte. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß beauftragte nach der Ermordung Rathenaus

durch Angehörige monarchistischer Organisationen ausdrücklich den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem Usa-Bund und den sozialistischen Arbeiterparteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff sein müsse. Dieser Beschluß ist kennzeichnend. Die Gewerkschaften waren sich durchaus im klaren, ein wie unlösbarer Zusammenhang zwischen dem Schutz und der inneren Festigung der Republik und der Verteidigung der Rechte der Arbeiter besteht. Die politische Demokratie ist die formale Bürgschaft dafür, daß die Gewerkschaften ohne die äußeren Hemmnisse des Obrigkeitsstaates den Kampf um die Macht innerhalb der Wirtschaft aufnehmen können. Sie bietet die Gewähr, daß ihrem Streben nach Demokratisierung der Wirtschaft nicht der feste Grund entzogen wird, der ihnen in der Weimarer Verfassung und in den Gesetzen, in denen das neue Arbeitsrecht niedergelegt ist, gesichert und von ihnen im Bunde mit der Sozialdemokratie erobert worden ist. In der demokratischen Republik können die Gewerkschaften am besten und erfolgreichsten die Aufgaben erfüllen, die im Interesse der Arbeiterklasse wie des gesamten Volkes gleichermaßen notwendig sind. Die Gewerkschaften haben daher allen Grund, für die Erhaltung und Stärkung der Republik einzutreten.

Die Wahl des Reichspräsidenten ist ein neuer Anlaß für die Mitglieder der Gewerkschaften, ihren ganzen Einfluß für die Republik einzusetzen. Der erste Präsident der deutschen Republik entstammte den Reihen der Arbeiterschaft. Er hat, gestützt auf Sozialdemokratie, auf die Gewerkschaften und die anderen republikanischen Parteien die demokratische Tradition in Deutschland geschaffen. Der Weg zur wahren Volksrepublik, den er gewiesen hat, ist der einzige Weg zu einer ehrlichen und freien Demokratie in Staat und Wirtschaft. Für die Mitglieder der Gewerkschaften kann daher nur ein republikanischer Reichspräsident in Betracht kommen, ein Mann, der entschlossen ist, an der Weimarer Verfassung festzuhalten. Es ist eine Frage der politischen Konstellation, ob der Kandidat den eigenen Reihen entnommen werden kann oder den bürgerlich-republikanischen Parteien. Entscheidend ist bei dieser Wahl, die nicht so sehr unter parteipolitischen als gesamtrepublikanischen Gesichtspunkten betrachtet werden darf, welcher republikanische Kandidat die meisten aller republikanischen Stimmen auf sich vereinigen wird.

Der republikanische Gedanke ist ein altes geistiges Gut der Arbeiterbewegung. Sein Sieg bei dieser Wahl ist auch dann eine Etappe auf dem Wege zum Volksstaat, wenn nicht ein Vertrauensmann der Arbeiterschaft, ein Sozialist an die Stelle Friedrich Eberts tritt, sondern ein bürgerlicher Republikaner. Denn in Deutschland bedeutet jeder Sieg des republikanischen Gedankens eine innere Festigung der politischen Demokratie. Die politische Demokratie aber ist die Vorbedingung für alle Bestrebungen zu einer Demokratisierung der Wirtschaft.

Indem die Gewerkschaften für den republikanischen Gedanken eintreten, bekämpfen sie zugleich die Vorherrschaft des kapitalistischen Unternehmertums auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Diese Vorherrschaft würde stabilisiert durch den Sieg des Reichsblocks, der seinen Namen zu Unrecht führt, da er gerade die Parteien in sich vereint, die Gegner des Reiches in seiner jetzigen Verfassung sind. Diese Parteien haben bei mehr als einer Gelegenheit das Verantwortungsgefühl vermissen lassen, das sich im Steuerzahlen tatkräftiger äußert als in dem Klappern der nationalistischen Phrasenmühle, die zu drehen sie nicht müde wurden. Dieser Reichsblock wider das Reich darf nicht siegen. Unter seiner Fahne sammeln sich alle, die aus Interessenpolitik für sozialen Rückschritt sind. Seinen Parolen folgen die geschworenen Gegner des Volksstaates, der wirtschaftlichen Demokratie. Der Sieg des Reichsblocks würde unter allen Umständen eine Nachschränkung des Unternehmertums bedeuten, die den schweren Kampf der Arbeitnehmer für ihre wirtschaftliche Freiheit noch mühsamer gestalten würde als er ohnehin in den letzten Jahren war. Dem Reichsblock wider das Reich eine empfindliche Niederlage beizubringen, den Feinden der Demokratie die Lebenskraft des demokratischen Gedankens zu beweisen, die Monarchisten zu schlagen, ist eine Pflicht der Gewerkschaften. Weil das ihre Pflicht ist, haben sie auch das Recht, ihre Mitglieder aufzurufen, für den republikanischen Kandidaten in diesem Wahlkampf einzutreten.

Und nun gehe jeder Kollege und jede Kollegin daran, die wenigen Stunden vor der Wahl auszunutzen, in den Betrieben und wo sich sonst Gelegenheit bietet, dafür zu werben, daß am 26. April

alle Stimmen dem republikanischen Kandidaten Dr. Wilhelm Marx zufallen!

Für den Achtfundentag! Gegen Militarismus und Brudermord!

Arbeiter, Angestellte! Demonstriert am 1. Mai mit Eurer ganzen Macht und bis zum letzten Mann für die Forderungen des Weltproletariats! Noch immer haben wir den Kampf zu führen gegen die Reaktion, die, nachdem sie dem Proletariat im Weltkrieg Gesundheit und Leben geraubt hat, ihm nun das Wichtigste und Notwendigste vorenthält: Arbeit und Frieden. Der Krieg wurde von der besitzenden Klasse gemacht und für die besitzende Klasse geführt; von den Besitzenden wird der Achtfundentag bekämpft und in ihrem Interesse sabotiert. Zweimal in den letzten Jahren lebte in der Welt die Hoffnung auf, daß dem Trauerspiel, das der Kapitalismus Tag für Tag aufführt, ein Ende gemacht werden würde. Das erste Mal, als die Washingtoner Arbeitskonferenz den Achtfundentag als internationale Maßregel festlegte. Das zweite Mal, als Macdonald in Genf sein erlösendes Wort gegen den Militarismus in die Welt sandte. Die kapitalistische Reaktion hat die Durchführung beider Lösungen zu verhindern gewußt; die Arbeitszeit wird weiter verlängert; die Kriegsrüstungen werden weiter fortgesetzt. Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten endlich die Regierungen zwingen, den Achtfundentag und die Abrüstung durchzuführen. Es ist Zeit, daß die Arbeitnehmer ihre Augen öffnen und ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern! Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Gleichmut aufgeben und den Besitzenden zurufen: Es ist genug! Wir wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Ruchnießer, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden! Wir wollen nicht länger die Beute einer Klasse sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlstandes und ihres eigenen Glücks das Wohlfinden und Glück des Proletariats und seiner Familie zerstört! Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch, das auf uns drückt und solange die Arbeitszeit lang und die Kasernen voll sind! Genossen! Demonstriert am 1. Mai in Millionen und Millionen für den Achtfundentag, für Abrüstung, gegen Krieg und Militarismus.

Der Vorstand
des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Deutsche Arbeiter und Angestellte!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf, am 1. Mai durch massvolle Demonstrationen einzutreten für den Achtfundentag und den Völkerrfrieden. Auch wir richten diesen Appell an Euch! Ihr steht mitten im

Kampf um den Achtfundentag. Ihr leidet mehr als die Arbeiter anderer Länder an den Folgen des unseligen Weltkrieges. Ihr habt doppelte Gründe dafür, am 1. Mai zu demonstrieren für Eure allein Forderungen. Der 1. Mai 1925 muß wieder ein Tag der Herrschaft der Arbeit werden. Die würdigste Kundgebung am Weltfeiertag der Arbeit ist die Arbeitsruhe. Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist von den Ortsausschüssen des ADGB und den AFA-Ortsstellen im Einvernehmen mit den angeschlossenen Gewerkschaften zu prüfen und zu entscheiden. Auch wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß, haben die Ortsausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes durch Veranstaltung von Versammlungen für die Durchführung der Demonstration zu sorgen. Zweckmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten ist dabei erforderlich.

Gewerkschaftsmitglieder! Beteiligt Euch vollständig an der Maidemonstration. Trete ein für den Achtfundentag, für den Völkerrfrieden und für den Ausbau der Sozialpolitik. Macht auch in diesem Jahr die Kaiserin zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik.

Die Bundesverbände
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Technische Rothhilfe im Lichte der Arbeitgeber.

(Beweise ihrer Entbehrlichkeit)

Der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Mitteldeutschlands gibt in 52 Seiten eine mit den Augen der Arbeitgeber betrachtete Begründung über lebensnotwendiges Fortbestehen der Technischen Rothhilfe heraus. Die Stellung unseres Verbandes ist unseren Lesern seit dem 3. Oktober 1919 bekannt. Im Namen von 250 000 in öffentlichen Betrieben organisierten Arbeitern protestierten wir schon damals gegen den „Werttätigen Arbeiterschuh“, den Vorläufer der „Leno“. Unter dem Druck starker Arbeitgeberverbände hat sich heute diese Organisation zu einer Gefahr für die Gewerkschaften ausgewachsen, die eine energische Abwehrfront notwendig macht. Es ist doch eine starke Zumutung an die Glaubwürdigkeit, wenn Dr. Werber im Vorwort sagt, daß die Technische Rothhilfe in den fünf Jahren ihres Bestehens „gegenständig im Interesse der Allgemeinheit gearbeitet hat“. Die „Organisations- und Erfahrungsgrundsätze“ führen in erster Linie als „lebenswichtig“ auf:

Vollstümliche Redekunst.

Seit Dr. Eduard David im Jahre 1907 in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, seinen „Referentenführer“ erscheinen ließ, der wiederholt Neuauflagen erlebte und darin wertvolle Anleitungen gab über den Aufbau einer Rede und Sammlung des Materials, hat sich die Literatur auf diesem Gebiet stark vermehrt. Zu den neuen Autoren gehört der bekannte Bodenreformer Adolf Lammasche. Er gab im Jahre 1921 eine Schrift: „Geschichte der Redekunst“ heraus. Kürzlich erschien in neuer Auflage (58. T's 65. Tausend) sein Buch „Vollstümliche Redekunst“ bei Gustav Fischer, Jena, worin er folgende drei Hauptkapitel behandelt: 1. Von der Bedeutung der Redekunst, 2. Von der Anwendung der Redekunst, 3. Von der Vollenbung der Redekunst.

Wenn David in seinem „Referentenführer“ dem Anfänger zur Hand geht, so ist das Buch von Lammasche mehr für den Redner bestimmt, der gewissermaßen einer Fortbildung bedarf, um seine Rede im höchsten Grade ethisch, ästhetisch und effektiv zu gestalten. Die Geschichte der Redekunst wird auch hier nicht übergangen. Lammasche greift auf Demosthenes, den großen griechischen Redner, und auf Cicero, den allgewaltigen Redner des alten Roms, zurück. Er führt uns von da durch die Jahrhunderte bis in unsere Tage. Es gab Zeiten, in denen die Redekunst in höchster Blüte stand, wo die Redatoren das ganze öffentliche Leben beherrschten, oft nicht immer im guten Sinne. Es gab aber auch Zeiten des tiefsten Verfalls der Redekunst, namentlich als der Absolutismus alle öffentlichen Regungen des Volkes niederhielt, besonders das öffentliche Reden verpöndete und es höchstens bedeutende Kanzleireder gab. Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der angeblich ein frommer

Mann war, war das öffentliche Reden derart verpöndet, daß er selbst Geißliche mit zwei Talern bestrafte, deren Predigten länger als eine Stunde dauerten. Ein Aufschwung zeigte sich wieder nach der englischen Revolution, in der besonders Cromwell als Redner hervortrat, noch mehr aber während der großen französischen Revolution, in der die Redekunst unter Mirabeau, Danton u. a. große Macht ausübte. Schließlich sei noch der hervorragenden deutschen Volks- und Parlamentsredner, Ferdinand Lassalle, August Bebel, Ludwig Frank, Karl Trimborn, Friedrich Raumann usw. gedacht. Namentlich die beiden ersten wirkten stark suggestiv auf die Volksmassen und rissen sie mit sich fort.

Jeder Agitator in der Arbeiterbewegung hat den Wunsch und das Verlangen, möglichst eindrucksvoll und überzeugend zu reden. Gute Lehren wird er finden in Lammasches „Vollstümliche Redekunst“. Nachstehend zitieren wir eine Anzahl Sätze, die unseren Lesern willkommen sein werden und einen Einblick in das Buch gewähren:

„Man muß etwas zu sagen haben, ehe man etwas sagen kann. Je mehr man weiß, desto mehr ist man in der Lage, auch etwas zu sagen. . . . Auf der andern Seite spielen die Redner eine klägliche Rolle, die Goethe als „Menschen mit kurzem Gedärm“ verpöndet. Menschen, denen man anmerkt, daß sie das, was sie am Abend von sich geben, erst am Morgen aufgenommen haben. . . . Je mehr ein Redner weiß, namentlich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, der Geschichte, der Dichtkunst, desto vielseitiger wird er den Stoff beleuchten können. Wer als Redner andere belehren will, darf nie aufhören, selbst zu lernen!“

„Hat man einen arundfälligen Standpunkt gewonnen, so gilt es, sich ein gründliche Kenntnis anzueignen, damit man in der Lage ist, ihn zu vertreten, seine Wahrheit zu beweisen, die Ein-

1. Die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke;
 2. die Transport- und sonstigen Verkehrsunternehmen zu Lande und zu Wasser (Eisenbahn, Post, Telegraphie, Telephonie, Hafenanlagen, Schifffahrt);
 3. Bergwerks- und Hüttenbetriebe (Kohletransport);
 4. alle bei der Lebensmittelerzeugung für menschlichen Bedarf und Viehnahrung unentbehrlichen Betriebe, wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen in Stadt und Land (Körnerbau, Viehzucht und Viehmast, Molkereibetriebe, Zuckerrübenbau und Zuckerrübenmühlenbetriebe, Bäckereien, Viehhöfe und öffentliche Schlachthäuser mit ihren Verwertungsanlagen für Neben- und Abfallprodukte, Fleischbeschau, Brennereien, Erzeugungsstätten künstlichen Düngers, Kadaververwertungsanlagen);
 5. Krankenhäuser, Sanatorien und Anstalten für Spezialbehandlung (orthopädische Anstalten, Lungenheilstätten, Wöchnerinnenheime, Siedehäuser usw.), Serumanstalten;
 6. Einrichtungen für öffentliche Hygiene (Kanalisation, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Bestattungsstellen).
- Betrachten wir den Bericht vorerst rein referierend. Auf Seite 10 lesen wir:

„Die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe wird seit der Revolution oft dazu benutzt, um bei Streitigkeiten die Anerkennung der Forderungen bei dem Arbeitgeber durchzusetzen. Solange in solchen Fällen die Ausführung der für die Erhaltung der Produktionsstätte und für eine eventuelle Rotversorgung der Bevölkerung in Betracht kommenden Arbeiten gesichert ist, liegt ein Anlaß zum Eingreifen der I. R. nicht vor. Ihr Eingreifen kommt erst in Frage, wenn die erwähnten Arbeiten von den Streikenden entweder ganz abgelehnt oder nicht in ausreichendem Maße verrichtet werden. Die häufigen Einträge der I. R. zeigen aber, daß noch oft die Rotstandsarbeiten verweigert oder nicht in genügender Weise zugestanden werden. Damit wird ein Streikrecht zum Streik u n r e c h t und ein Eingreifen der I. R. nötig, um die Volksgesundheit vor Schäden zu schützen, die das rücksichtslose Vorgehen radikaler Elemente verursachen.“

Soweit so gut. Auch wir sind gegen den Unfug radikaler Elemente, aber auch gegen den Unfug radikaler Elemente auf der anderen Seite. Auf Seite 42 des Berichts findet sich eine chronologische Uebersicht über die Tätigkeit der „Rothhelfer“, darunter auch über Ludenwalde. Hier ist während des neunwöchigen Streiks der Gasarbeiter die I. R. eingesetzt worden, unter Voraussetzungen, die deutlich zeigen, wie die „Objektivität“ der „Leno“ ausfiekt. Im Mai vorigen Jahres kam es zwischen der Leitung der Gasanstalt in Ludenwalde und „ihren“ Arbeitern zu Differenzen. Die Löhne betragen bisher 34 bis 46 Pf. Unsere Kollegen stellten Forderungen, wonach ein Höchstlohn von 53 Pf. für Handwerker erreicht werden sollte. Die Leitung der Gasanstalt lehnte eine Bewilligung ab. Der Schlichtungsausschuß zu Potsdam fällt einen Schiedspruch, der den Lohn des Handwerkers um 2 Pf. erhöhte. Diese geringe Erhöhung lehnte die Anstaltsdirektion mit der Motivierung ab, „der Betrieb könne diese Belastung nicht tragen“. Die Folge war ein bis zum 15. Juli sich hinziehender Streik. Die Technische Nothilfe wurde eingesetzt und unter Landjägerschutz „Rotstandsarbeit“ verrichtet.

wände gegen ihn zu greifen und dadurch den Willen anderer bestimmend zu beeinflussen. — Diese Stoffkenntnis bringt neben dem wiederholten Durcharbeiten der wichtigsten Werke namentlich auch die Aussprache mit anderen. Besonders fruchtbar kann sein, den Stoff, den man in Vorträgen behandeln will, nicht nur mit Freunden, sondern auch mit Gegnern durchzusprechen. — Ohne gründliche Kenntnis des Stoffes kann niemand eine wirklich gute Rede halten. Ja, der Mann, von dessen erster Sachkenntnis die Hörer überzeugt sind, wird auch dann Eindruck machen, wenn die Form der Rede unvollkommen ist. In diesem Sinne sagte schon Aristoteles in seiner „Rhetorik“: „Die Beweise allein sind das Wesentliche; das übrige ist Zusatz“. Und der alte Cato, der die hellenische Beredsamkeit hasste, die ihm nur ein Spiel mit Worten schien, mahnte: „Sei herr des Stoffes, dann kommt der Ausdruck von selbst“. Wer wirklich Herr des Stoffes ist, dem ordnen sich auch Gedanken und Worte. Das, was einer wirklich versteht, kann er in der Regel auch verständlich ausdrücken. — Die Hörerschaft hat viel häufiger, als man denkt, ein feines Gefühl dafür, ob die Redemühle wirklich Korn mit sich führt, oder ob sie nur deshalb so laut klappert, weil sie leer ist.

Der Erwerb guter Sachkenntnis muß die zweite Stufe folgen: Die Gliederung. Sie wird bestimmt durch den Zweck der Rede: „Was soll mein Vortrag erreichen?“ Gib dir selbst ganz klar und fest die Antwort auf diese Frage. Alles, schließlich alles, was nun an Arbeit folgt, steht unter diesem Zeichen.

Das Ziel deiner Rede mußt du in einem ganz kurzen klaren Zwecksatze dir selbst darstellen. Danach bestimmst du das Thema. Seine Formulierung ist nicht gleichgültig. Sie soll die Aufmerksamkeit wecken, Schwankende zum Besuch deines Vortrages ermuntern. Nimm nicht ein zu allgemeines und deshalb blaßes Thema. Du wirst es sich empfehlen, die Frageform zu wählen. Besser z. B. als „Der Neuaufbau Deutschlands“ wirkt „Wie ist ein Neuaufbau Deutschlands möglich?“ Ist der Vortrag wesentlich für Angehörige eines bestimmten Berufes bestimmt, muß das Thema ihm angepaßt

Am 9. Juli kam dann endlich ein zweiter Schiedspruch zustande, der den Gasarbeitern einen Spitzenlohn von 53 Pf. brachte, also 5 Pf. pro Stunde mehr, als der erste Spruch festlegte. Auch die übrigen Forderungen der Streitenden wurden fast restlos anerkannt. Dadurch war der Machtwille des Allgewaltigen in der Leitung gebrochen und der Streik, der noch im Mai bei 2 Pf. Lohnerhöhung beigelegt werden konnte, durch das Einsetzen der „Leno“ bis zum Juli verlängert. Greller kann die einseitige Parteinahme der Technischen Nothilfe für das Unternehmertum nicht beleuchtet werden. Von der behördlich eingerichteten Schlichtungsstelle wird ein Spruch gefällt, dem die Arbeiter zustimmen. Die „Leno“ setzt sich über diesen Spruch glatt hinweg und hilft somit den Gaswerten, die Arbeiterschaft auf die Straße zu werfen. Wir fragen öffentlich: Warum werden von gelehrlicher Institutionen gefällte Schiedsprüche von der „Leno“ nicht anerkannt? Soll das so weitergehen?

Das Ludenwalder Beispiel kann beliebig vermehrt werden, für heute können wir wohl darauf verzichten. Erneut fordern wir die Technische Nothilfe auf, ihre Finger aus dem Wirtschaftsstampfer herauszulassen. Wo lebenswichtige Betriebe bestreift werden, sind die verantwortlichen Gewerkschaften jederzeit bereit, Rotstandsarbeiten auszuführen. Vorbedingung muß jedoch sein, daß die Arbeitgeber, insbesondere der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte sich zu dem Grundsatz bekehrt: Wer selbst geniest, soll andere leben lassen.

Aufwertung der Invalidenrenten.

Zu den zahlreichen Opfern der Währungszerrüttung und Geldentwertung gehören unter anderem auch die Träger der deutschen Sozialversicherung. Ihr durch jahrzehntelange Beitragszahlung der Versicherten angesammeltes Vermögen ist, soweit es nicht in Sachwerten, wie Heilanstalten, Sanatorien, Retonvalenzentheimen usw. angelegt werden konnte, nahezu restlos verloren gegangen. Deshalb war es den Versicherungsträgern in den letzten Jahren der fortschreitenden Geldentwertung nur möglich, mit Unterstützung namhafter Zuschüsse des Reichs ihre Leistungen an die Versicherten aufrechtzuerhalten. Aber auch trotz dieser Hilfe mußten sich die Versicherten mit erheblich herabgesetzten Leistungen begnügen. Am härtesten wurden hiervon die Versicherten der Unfall-, Angestellten- und Invalidenversicherung betroffen. Dieser Zustand ist noch nicht überunden und es ist auch für absehbare Zeit nicht daran zu denken, daß eine wesentliche Milderung eintritt, denn wie für die Arbeiter im allgemeinen, hat die Reichsregierung auch für die Invaliden der Arbeit keine Mittel übrig. Das war schon früher so unter dem monarchistischen Regiment und wird bleiben, so lange die Arbeiter nicht in weiterem Umfange zu einer besseren wirtschaftlichen und politischen Einsicht gelangen, die den gegenwärtig herrschenden Klassen eine andere Haltung gegenüber der Arbeiterschaft aufzwingt. Das Gesetz vom 23. März 1925 bringt nun eine kleine Er-

scin, z. B. „Welche Aufgaben hat die Schule auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung?“ oder „Welches ist der gefährlichste Feind des Arbeiterstandes?“

Dauret ein volkstümlicher Vortrag länger als eine Stunde, so ist er mangelhaft aufgebaut. Man frage sich selbst, ob man genügt oder auch nur befähigt ist, länger als eine Stunde ununterbrochen Gedanken prüfend zu folgen. Es gibt Ausnahmen, doch nur seltene, und in der Regel wird ein Vortrag von ¼ Stunden wirkungsvoller sein als einer, der den Zeitraum einer Stunde übersteigt. „Der Rede Kürze ist der Rede Würze.“ Auf neun Klagen darüber, daß ein Vortrag zu lang gewesen sei, kommt kaum eine über zu große Kürze. Und es ist jedenfalls für einen Redner vorteilhafter, daß man mit dem Wunsch von ihm scheidet, mehr von ihm zu hören, als daß er ein Gefühl des Ueberdrußes hinterläßt.

Die scheinbar einfache Forderung, den Stoff scharf zu begrenzen, legt ein starkes Maß von Selbsttätigkeit voraus. Man hat auf einem Gebiet gearbeitet. Man hat sich Wissen angeeignet und dessen Wichtigkeit in steigendem Maße erkannt. Man möchte doch auch zeigen, wieviel man weiß — und nun soll man sich beschränken, auch auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere Zuhörer denken könnte, man wisse nicht mehr, als man gerade in diesem einem Vortrage ausführt! Wie viele sind der Verführung erlegen, haben zu lange geredet und damit ihre ganze Arbeit zur Unfruchtbarkeit verdammt.

In einer Draanflation, in der alles auf Freiwilligkeit beruht, ist es manchmal schwer, gegen guten Willen, Eifer und Fleiß Einwendungen zu erheben. Und deshalb möchte ich an dieser Stelle unsere Freunde bitten, ihre Vorträge von diesem Gesichtspunkt aus zu prüfen: Haben sie nicht zu viel erlernt zu bieten? Man bedenke, daß für die meisten Menschen sogar die nationalökonomische Ausdrucksweise etwas Ungewohntes ist. Mit Worten wie Ueberproduktion, Unterkonsumtion, Grundrente, Grundwert, und Zuwachsteuer, Erbbaurecht, Wiederverkaufs- und Ankaufsrecht, Bauordnung, Bebauungsplan, Amortisationshypothek, Entschuldung, Reichsheim-

höhung der bis dahin außerordentlich niedrigen Invaliden-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Bekanntlich wurde vom 1. Januar 1924 an bei der Invalidenversicherung den durch Krankheit oder Alter invalide gewordenen Versicherten eine Einheitsrente von monatlich 18 M. gewährt, die später eine Erhöhung auf 14 M. erfuhr. Diese Erhöhung bedeutete gar nichts und ließ diejenigen Versicherten, die seit Beginn des Invalidenversicherungsgesetzes ihre Beiträge entrichteten, immer noch einen Ausfall in Höhe von 40 Proz. der früheren Rente erleiden. Die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag zielten darauf hin, dieses Unrecht aufzuheben, handelt es sich doch um in langen Beitragsjahren wohl erworbene Ansprüche der Versicherten. Sie fanden aber nicht die erforderliche Unterstützung. Das so zustande gekommene Gesetz beseitigt deshalb das alte Unrecht nicht, sondern mildert es nur, indem es mit Wirkung vom 1. April d. J. den Reichszuschuß zu den Invaliden-, Witwen- und Witwerrenten von 48 auf 72 M. und für die Waisenrenten von 24 auf 36 M. heraufsetzt. Mit dieser Erhöhung des Reichszuschusses wird also zu jeder Rente, an Erwachsene sofort eine Zulage von 2 M., für jede Witwe von 1 M. gewährt.

Eine weitere Besserung der Verhältnisse wird dadurch herbeigeführt, daß den Altrentnern und solchen Antragstellern, die vor dem 30. September 1921 Beiträge der früheren Beitragsklassen 2 bis 5 bezahlt haben, eine Aufwertung der Renten zugestanden wird. Diese erfolgt durch Festsetzung und Anrechnung von Steigerungssätzen für die zurückliegende Beitragszeit. Als Steigerungssätze wurden festgesetzt für jede Beitragswoche der 2. Lohnklasse 2 Pfg., 3. Lohnklasse 4 Pfg., 4. Lohnklasse 7 Pfg., 5. Lohnklasse 10 Pfg. Die Lohnklasse 1 findet hierbei keine Berücksichtigung und es ist für sie kein Steigerungssatz festgesetzt. Für Beiträge, die nach dem 1. Januar 1924 bezahlt werden, kommt dagegen ein Steigerungssatz von 10 Proz. des Beitragswertes in Anrechnung. Die Berechnung der Rente wird durch diese verschiedene Bewertung der Beiträge unnötig kompliziert und den Versicherten erschwert. Zum besseren Verständnis möge folgendes Beispiel einer Rentenberechnung für einen Versicherten dienen, der vor dem 30. September 1921 in den Lohnklassen 2 bis 5 je 300 und in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum Eintritt seiner Invalidität Beiträge der 5. Lohnklasse gezahlt hat:

	Bei- träge	Klasse	Steigerungs- satz	M.
Neu beschlossene Steigerungssätze	300	2	2 Pfg.	6
aus früheren Beiträgen	300	3	4	12
	300	4	7	21
	300	5	10	30
Neue Beiträge	50	5	10	5
Hierzu: Grundbetrag				120
Reichszuschuß				72
Somit Jahresrente von				266

oder 22,17 M. pro Monat.

Für Empfänger von Invalidenrente, die eheliche Kinder unter 18 Jahren haben, erhöht sich die Rente für jedes Kind um jährlich 36 M. Den ehelichen Kindern gleichgestellt sind die für ehelich erklärten oder an Kindesstatt angenommenen Kinder, Stiefkinder und Enkel, wenn sie vor Eintritt der Invalidität von dem Rentempfänger unterhalten wurden, ferner uneheliche Kinder des Rentempfängers, wenn die Vaterschaft anerkannt ist.

Die Festsetzung der Steigerungssätze für die vor dem 30. September entrichteten Beiträge erfordert eine Umrechnung der inzwischen festgesetzten Renten. Hiernach erfahren die Invalidenrenten, die Witwen-, Witwer- und Waisenrenten auch nach dieser Seite hin eine entsprechende Heraufsetzung. Die Witwen- und Witwerrenten setzen sich zusammen aus sechs Zehntel der aus Grund- und Steigerungsbetrag errechneten Invalidenrente. Hierzu kommt der Reichszuschuß. Unter Zugrundelegung des vorgeführten Beispiels würde die Witwe des für die Rentenberechnung in Betracht kommenden Invaliden an Rente erhalten:

$\frac{6}{10}$ des Steigerungssatzes von 74 M.	44,40 M.
$\frac{6}{10}$ des Grundbetrags von 120 M.	72— M.
Hierzu Reichszuschuß	72— M.
Somit Jahresrente	188,40 M.

oder 15,70 M. monatlich.

Die Waisenrente dagegen setzt sich für jede Witwe unter 18 Jahren zusammen aus fünf Zehntel der aus Grund- und Steigerungsbetrag errechneten Invalidenrente nebst Reichszuschuß. Lassen wir wie vorher das gleiche Beispiel gelten, so ergibt sich folgende Berechnung:

$\frac{5}{10}$ des Steigerungssatzes von 72 M.	36— M.
$\frac{5}{10}$ des Grundbetrags von 120 M.	60— M.
Hierzu Reichszuschuß	36— M.
Somit Jahresrente	132— M.

oder 11 M. monatlich.

Die durch die neue Änderung der Invalidenversicherung gebotenen Verbesserungen sind, wie aus vorstehenden Beispielen hervorgeht, außerordentlich gering. Es ist ausgeschlossen, mit den sich ergebenden Renten auch nur den notdürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Mehr zu erreichen war jedoch nicht möglich, weil die Arbeiterschaft nicht über den Einfluß auf die Gesetzgebung verfügt, der für eine weitergehende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erforderlich ist.

Ver Schuldet wird dieser Zustand lediglich durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung sowie durch die Gleichgültigkeit zahlreicher Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen ihrer organisierten Klassengenossen. Soll hierin eine Änderung und Besserung eintreten, so ist sie nur durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu erreichen.

Attualat.

Stätte usw. verbinden nur wenige einen klaren Begriff. Will man über den Inhalt aller dieser Worte auseinandersehen, so wird der ganze Vortrag nichts als eine Sammlung von verstandesmäßigen Erklärungen, die natürlich keine erwärmende Kraft haben können. Erklärt man jene Ausdrücke dagegen nicht, so bleibt der Vortrag in großen Teilen unverständlich und nährt in dem Zuhörer das alte Vorurteil, daß Volkswirtschaft etwas Langweiliges, Unverständliches sei, das nur Fachleute interessieren könne.

Zweifellos sind Anfang und Ende die wichtigsten Glieder jeder Rede. Wenn ich nicht Zeit finde, die Einzelheiten einer Rede vorher festzulegen, so bemühe ich mich doch stets, und sei es auf dem Weg ins Vortragslokal oder, im schlimmsten Fall, auf dem Gang zur Rednertribüne, Anfang und Schluß der Rede möglichst bestimmt vorher zu formulieren. Ein unausgeprägter Anfang kann den ganzen Abend verderben. „Wenn man das erste Knöpfchen verfehlt,“ mahrt Goethe, „kommt man mit dem ganzen Zuknöpfen nicht zustande.“ Der Anfang muß gut sein.

Dem guten Redneranfang an Wichtigkeit zum mindesten gleich steht der Schluß. Wieviel fleißige, gedankenreiche Reden verhallen wirkungslos, wenn der Redner „nicht zu Ende kommen kann“. Der Hörer, der willig gefolgt ist, glaubt nach dem Aufbau und dem Tonfall der Rede, nun den Schluß erwarten zu dürfen. Er ist befriedigt. Da wirkt es wie eine Enttäuschung, wenn der Redner wider Erwarten fortfährt — in den meisten Fällen nur, um bereits Gesagtes mit anderen Worten zu wiederholen. Es gibt Redner, die drei-, viermal solche Schlußabteilungen bringen. Sie gleichen dem Manne, der nach dem Abschied immer noch einmal zurückkehrt, und damit auch gute Freunde ermüden, jedenfalls aber nicht das Gefühl der Ruhe und Sicherheit erwecken wird. Wie oft verderben die letzten fünf Minuten, was die vorhergehende Stunde aufgebaut hatte. Das Ende der Rede muß ganz bestimmt, klar, fest sein. Hier ist jedes überflüssige Wort vom Uebel. Die Aufgabe des Schlußes ist es, nach einer kurzen Zusammenfassung der Vortragsgedanken

mun den Willen des Hörers aufzurufen für die erkannte Wahrheit.

Ich habe folgenden Weg als zweckmäßig erprobt: Mein Redeentwurf hat einen breiten Rand. Auf diesen schreibe ich Stichworte, gleichsam Ueberschriften über den danebenstehenden Abschnitt. Diese Stichworte werden auf einem Zettel nach Haupt- und Unterabteilungen, d. h. mit lateinischen und arabischen Ziffern, mit lateinischen und deutschen Buchstaben übersichtlich geordnet. Mit dem Wertzettel in der Tasche denke ich nun den Vortrag irgendwo, am liebsten auf einem Spaziergang, durch. Habe ich einen Hauptteil durchdacht, prüfe ich die Stichworte. Ist eines mit dem dazu gehörigen Abschnitt vergessen, so frage ich mich: Wer ist schuld, ich oder der Abschnitt? — d. h. ist vielleicht der Abschnitt überhaupt unnötig, ja störend? Dann wird er natürlich sofort gestrichen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Prüfung der Uebergänge: Wo ergeben sie sich leicht und natürlich? Wo kann ich sie nur künstlich erzwingen? Habe ich so einmal oder mehrere Male die Probe gemacht, bin ich also meiner Sache sicher, dann schreibe ich den Zettel noch einmal selber ab (schreiben ist stets auch lesen) und füge dazu an ihre Stelle alle Eigennamen, alle Zitate, die ich wörtlich bringen, und alle statistischen Angaben, die ich machen will. Das tue ich auch, wenn ich Namen und Zahlen genau im Gedächtnis zu haben glaube. Man weiß nie, welche Zwischenfälle eine Versammlung bringen kann, ob nicht die Aufmerksamkeit auf ganz andere Dinge gerichtet werden muß, als auf die Wiedergabe von Namen und Zahlen.

Häufig wird Anfängern in der Redekunst empfohlen, aus guten Büchern laut vorzulesen. Solche Übungen haben gewiß ihren Wert. Man gewöhnt sich an den Ton seiner Stimme und kann sich eine deutliche Aussprache und sinngemäße Betonung aneignen. Aber dieser Weg ist auch noch nicht bedenkenfrei. Bücher bieten naturgemäß immer Schreibstil, d. h. eben den Stil, den ein guter Redner überwinden muß.

Das sind nur einige Lehren aus dem Buche. Jeder, der sich als Redner fortbilden will, sollte Damascus Schrift lesen. G. R.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Angestelltenversicherungspflicht eines Chauffeurs bejaht. (Zu § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes.) Ein Chauffeur, der nach der allgemeinen Anweisung des Kreisbauamts hauptsächlich die Straße beaufsichtigt, für deren Brauchbarkeit die Verantwortung trägt, dem zur Unterhaltung der Straße 1 bis 3 ständige Arbeiter unterstehen, der bei plötzlich notwendig werdenden Schadenausschüssen das erforderliche Material an Ort und Stelle zu beschaffen und alle notwendigen Maßnahmen selbständig zu treffen hat, dem nicht einfache Schreib- und Rechnungsarbeiten obliegen und der nur ausnahmsweise körperlich mitarbeitend, ist versicherungspflichtig. (Entscheidung des Versicherungsamts Berlin vom 11. September 1924, B. 16/24, Rostels Monatschrift, Jahrgang 1925, Spalte 254.)

Unfälle, die Tiefbauarbeiter auf dem Wege von der Baustelle zu dem entfernt liegenden Arbeitsplatz zwecks Aufnahme der Arbeit erleiden, gelten dann als Unfälle beim Betriebe, wenn die Arbeiter sich nach Anordnung des Unternehmers zunächst in der Baustelle einzufinden haben, um die Befehle für die jeweiligen Tagesarbeiten und das nötige Arbeitsgerät entgegenzunehmen. (Entscheidung d. Sächs. Landes-Versich.-Amts vom 29. September 1923, S. U/St. 23, Rostels Monatschrift 1925, Spalte 78.)

Betriebsräte

Wenn nur eine Vorschlagsliste eingereicht ist, beginnt der Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder mit Ablauf der Einreichungsfrist und nicht erst mit Bekanntgabe des Wahlergebnisses, § 96 B.R.G. (Urteil des Gewerbegerichts Guben vom 14. November 1924, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Jahrgang 30, Spalte 353.)

Gründe: „Unstreitig ist die Frist zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten am 24. Oktober 1924 abgelaufen gewesen. Unstreitig ist ferner, daß nur eine Vorschlagsliste eingereicht worden ist, unstreitig ist schließlich, daß der Kläger am 1. November nach Ablauf der Einreichungsfrist, jedoch vor der förmlichen Festsetzung des Wahlergebnisses und der Bekanntgabe, entlassen worden ist. Nach § 8 Abs. 2 der Wahlordnung zum B.R.G. gelten, wenn für die Wahl der Arbeiter oder der Angestellten nur eine Vorschlagsliste zugelassen wird, die in ihr gültig berücksichtigten Bewerber in der Reihenfolge der Liste als gewählt. Infolge dieser Fiktion fand die in der Vorschlagsliste angegebenen Arbeitnehmer zum Ablauf des letzten Tages der Einreichungsfrist definitiv gewählt, sofern nicht von vornherein Ungültigkeit der vorgenommenen Wahl vorliegt. Da im vorliegenden Falle nur eine Wahlvorschlagsliste eingereicht worden ist, der Kläger auf dieser unbeschränkt gültig verzeichnet war, muß er nach dem Wortlaut des Gesetzes mit dem Ablauf des letzten Tages der Einreichungsfrist als neu gewähltes Mitglied der Betriebsvertretung angesehen werden. Die formelle Festsetzung des Wahlergebnisses, die Benachrichtigung des Klägers von seiner Wahl durch den Wahlvorstand, die Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch Aushang und Aste rein äußerlicher Natur, die lediglich deklaratorische Wirkung haben können, an dem Charakter der durch die Wähler definitiv vorgenommenen Wahl jedoch nichts ändern. Die Wahl als solche ist beendet, der Kläger daher bereits Mitglied der neuen Betriebsvertretung geworden, so daß er nach Ablauf des 24. Oktober gemäß den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über Fristen die Rechte aus dem Betriebsratsgesetz genießt, seines Kündigungsrechts gemäß § 96 Betriebsratsgesetz daher nur mit Zustimmung der neuen Betriebsvertretung erfolgen kann (vgl. Dr. Franz Börrig, Kartennamensliste des Arbeitsrechts, Karte Betriebsvertretung, 19. Amtsbezug vom 17. Februar 1923, sowie Dr. jur. Freiherr v. Ende, grüne Kartennamensliste, Karte Entlassung, Abstellung Arbeitskraft vom 2. Oktober 1924 — Nr. 166 —).

Aus der Sprachpraxis

Der Begriff „Retortenarbeiter“ im Sinne des § 12 Ziffer 2 Satz 2 R.M.L. — Gemeindegewerkschaft. Die Stadtverwaltung von Auerweigerode den bei ihr beschäftigten Retortenarbeitern den Mehrurlaub von drei Tagen, auf den diese gemäß § 12 Ziffer 2 Satz 2 des R.M.L. — Gemeindegewerkschaft Anspruch erhoben. Sie begründete ihre Weigerung damit, daß sie in ihrer Gasanstalt die sogenannten Röhrenarbeiter Schrägkammeröfen aufgestellt habe. Hierdurch würden die Arbeiter weder im Feuerhause an offenen Feuer mit Beschicken und Schlacken noch als Retortenarbeiter (Stoßer, Schlacker) beschäftigt, denn die Defen ständen im Freien, das Destillieren geschähe maschinell und erst nach der völligen Entleerung gehen die Arbeiter auf die Defen, um die Füllung wiederum maschinell vorzunehmen. Einer Befügung durch Hitze, Rauch und Gas wären die Arbeiter daher nicht ausgesetzt. Der Mehrurlaub wäre somit nicht berechtigt. Die angerufene Bezirkschiedsstelle fällt nachstehende Entscheidung:

„Es wird festgestellt, daß die an den Kammeröfen der Auer Gasfabrik beschäftigten Arbeiter nicht unter § 12 Ziffer 2 Satz 2 R.M.L. fallen.“

Hiergegen legte die zuständige Gauleitung Berufung beim Zentralausschuß ein, der am 7. April 1925 die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle mitob und folgende Entscheidung fällte:

„Die an den Kammeröfen der Auer Gasfabrik beschäftigten Arbeiter fallen unter § 12 Ziffer 2 Satz 2 R.M.L. 1924, da der Begriff „Retortenarbeiter“ als Sammelbegriff die „Kammeröfenarbeiter“ einbezieht.“

Hiermit ist also durch den Zentralausschuß festgelegt, daß alle Ofenarbeiter, ganz gleich welches System von Defen in Gebrauch ist, Anspruch auf den Mehrurlaub von drei Tagen haben.

Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Erhöhung der Beschäftigungstagesgelder außerhalb der ständigen Arbeitsstelle für Reichsarbeiter. Auf Grund von Verhandlungen am 16. April, wird rückwirkend ab 1. April das Jahrgeld von bisher 1,40 auf 1,50 M., bei anschließender Uebernachtung von 3,20 auf 3,60 M. und das Uebernachtungsgeld von 1,60 auf 1,90 M. erhöht.

Bei der Wahl des Hauptbetriebsrates beim Preussischen Finanzministerium und beim Preussischen Ministerium des Innern sind für die Arbeitnehmervertreter 9932 gültige Stimmen abgegeben worden. Von diesen Stimmen sind entfallen auf Liste 1 freie Gewerkschaften 8028 Stimmen, Liste 2 Gewerkschaftsbund der Angestellten 1017 Stimmen, Liste 3 Deutscher Gewerkschaftsbund 887 Stimmen. Zu wählen sind 11 Hauptbetriebsratsmitglieder. Es sind hiernach gewählt: aus Liste 1 neun Hauptbetriebsratsmitglieder, nämlich: Eugen Hille, Berlin; Richard Gummersbach, Düsseldorf; Paul Labbert, Berlin-Lichtenberg; Alex. Kontolowst, Breslau; Kurt Jechel, Berlin; Gottfried Schmal, Essen; Paul Hamann, Köln; Ernst Schlag, Magdeburg; Karl Duldhardt, Bismarcksd. Aus Liste 2 ein Hauptbetriebsratsmitglied, nämlich: Paul Job, Potsdam. Aus Liste 3 ein Hauptbetriebsratsmitglied, nämlich: Ludwig Petzsch, Düsseldorf. Als Ersatzmitglieder für die Mitglieder treten die auf den Vorschlagslisten jeweilig folgenden Bewerber ein.

Straßenbahner

Königsberg i. Pr. Die Dienstzeit des Fahrpersonals der Straßenbahn ist auf zehn Stunden täglich festgelegt worden. Durch diese Dienstbaur ergab sich eine geradezu unerträgliche Dienstverteilung. Allgemein bestand bei dem Fahrpersonal der dringende Wunsch, daß eine andere Dienstzeitregelung erfolgen solle. Die Bemühungen des Betriebsrates, durch Verhandlungen mit der Direktion der S.B.S. eine erträglichere Dienstverteilung zu erreichen, blieben erfolglos. Die Direktion erklärte, daß nur bei einer kürzeren regelmäßigen Dienstzeit die Einteilung des Dienstes dem Wunsch des Fahrpersonals entsprechend im Zweischichten-System sich regeln lassen würde. Hierauf beantragte die Ortsverwaltung ihres Verbandes bei der Stadtverwaltung die Vereinbarung einer neunstündigen regelmäßigen Dienstzeit. Nach langen Verhandlungen erklärte sich der Magistrat zu der Dienstzeitverkürzung bereit. Das Verlangen des Verbandes, den ausfallenden zehnten Stundenlohn durch eine Schichtzulage zu ersetzen, wurde allerdings abgelehnt. Der Verband forderte den Betriebsrat zur Befragung der Straßenbahner auf, ob diese sich mit der einkündigten Dienstzeitverkürzung bei Wegfall des zehnten Stundenlohnes einverstanden erklären würden. Hier zeigte es sich auf einmal, daß der Vertreter des christlichen Fachverbandes, der Straßenbahnschaffner Enderseid, keine Anhänger aufzuerhalten, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten. Darauf hingewiesen, daß jeder sich klar entscheiden müsse, ob er für den zehn- oder Neunstundentag sei, erklärte dann Enderseid, daß der Neunstundentag abgelehnt werden müsse. Leider ließ sich ein großer Teil des Personals durch diesen „Arbeitervertreter“ zu der unverständlichen Handlung verleiten und gegen die neunstündige Dienstzeit zu stimmen. Der Gemeinde- und Staatsarbeitervorband wird sich der Mehrheitsentscheidung des Fahrpersonals der Straßenbahn fügen und eine tarifvertragliche Regelung auf Herabsetzung der Dienstzeit nicht vereinbaren. Wir wünschen nur, daß die Straßenbahner bald erkennen, daß in geradezu beschämender Weise durch ihr Verhalten dem Arbeitgeber gezeigt wird, daß es Leute gibt, denen anscheinend auch der Zehnstundentag noch nicht genügt. Mit dem christlichen Fachverband wollen wir allerdings in eine Konkurrenz über die Dienstzeitregelung nicht eintreten. Die Straßenbahner werden durch die praktischen Folgen der Tätigkeit der Fachverbänder bald belehrt werden, um ihre Interessenvertretung zu suchen ist.

Landstraßenwärter

Swinemünde. In der gut besuchten Versammlung der Landstraßenwärter des Kreises Uckermark-Bollin am 5. April 1925 sprach Bezirksleiter Schmidt Stettin über „Konzept um Arbeitszeit und Lohn“. Nachdem noch einige Anträge auf Verbesserung der Dienstverhältnisse Erledigung fanden, wurde die Versammlung mit dem Ergebnis, treu und fest zusammenzubalten, geschlossen. — Die Wähler erhalten ab 1. Januar 1925 einen einheitlichen Stundenlohn von 1 Pf. Neue Verhandlungen sind eingeleitet. 90 Proz. der Wähler sind im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert.

• Aus unserer Bewegung •

Mitteldeutschland. Die immer größer werdenden Widerstände des Arbeitgeberverbandes bei Gestaltung ausreichender Löhne wirken niederdrückend auf das seelische Leben der Arbeitnehmer. In keiner Weise wird der Leuerung und der Notlage der Arbeiterschaft Rechnung getragen. Von einem Existenzminimum, das billigerweise jedem ehrlichen Arbeiter zugesprochen werden müßte, kann überhaupt keine Rede sein. Um die Erhaltung des Bestehenden einmal und die Erreichung geringfügiger Verbesserungen zum anderen haben die Arbeitnehmer in Mitteldeutschland im verflochtenen Jahre zweimal zum Streik greifen müssen. Die Wirtschaftskrise und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit der letzten Jahre waren für den Arbeitgeberverband der Zeitpunkt, alle laufenden Verträge zu kündigen. Verschlechterungen über Verschlechterungen in bezug auf die tariflichen Festlegungen im Arbeitsverhältnis waren sein Ziel. Aus den Vorlagen des Arbeitgeberverbandes zu den Bezirksverträgen für das Personal der Krankenanstalten sowie für die Strohenswärter ging das besonders hervor. Unter erschwerten Umständen konnten diese Verträge nach langen Verhandlungen getätigt werden. Vor Verschlechterungen: wahlwerbender sozialer Rechte der Arbeitnehmer wurde nicht zurückgeschreckt. Eine dauernde Unruhe und Unsicherheit der geltenden Verträge war vorherrschend. Unübersehbar ist es, was man der Arbeiterschaft noch fernherhin zu nehmen gedenkt. Mit aller Bestimmtheit können weitere Angriffe auf das Tarifrecht erwartet werden. Es wurde gelegentlich in Zusammenkünften auch zum Ausdruck gebracht, daß man doch sehr wohl wie früher — in der sogenannten guten alten Zeit — alles familiär und unter sich verhandeln könne. Das bedeutet weiter nichts, als die Reihen der organisierten Arbeitnehmer zu lockern, die Macht zu brechen, um dann nach eigener Billkür den Herrenstandpunkt herausstrecken zu können. Man hat bisher alle Widerstände der Arbeitgeber infolge der Gefährdung der Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltungen brechen können. Da aber weiterhin noch größere Angriffe auf die Arbeitszeit und das Tarifrecht zu erwarten sind, haben wir unsere vornehmste Aufgabe und Pflicht darin zu sehen, für Schulung und Sammlung aller Kräfte frühzeitig zu sorgen. Nur so kann jeder Vorstoß der Arbeitgeber abgewehrt werden. Es fanden zu diesem Zweck in Mitteldeutschland in den letzten fünf Wochen etwa 80 Werberversammlungen statt, die alle einen guten Besuch aufzuweisen hatten. Ueber 300 neue Mitglieder wurden gewonnen. Die Stimmung in allen Versammlungen war vorzüglich, so daß wir mit aller Ruhe den kommenden Dingen gegenüberstehen können. Aufgabe unserer Kollegen in den einzelnen Kreisen muß es nun sein, die vorzüglich verlaufene Werberarbeit im kleinen Kreise fortzusetzen, um den gewerkschaftlichen Gedanken zu festigen. Wenn in der begonnenen Weise die Kleinarbeit und Aufklärung unter der Mitarbeiterschaft fortgesetzt wird, muß der Arbeitgeberverband bald erkennen, daß seine Angriffe auf die Rechte der Arbeiter an der Macht der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe gescheitern.

Bayern. Die Lohnverhandlungen am 8. und 9. April in Augsburg zwischen dem Landesarbeitgeberverband bayerischer Gemeinden und Gemeindeverbände und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gestalteten sich ungemein schwierig, da die Arbeitgebervertreter keineswegs über die Lohnerhöhung der Reichsbetriebsarbeiter von 3 Pf. hinausgehen wollten. Die Verhandlungen drohten wiederholt zu scheitern. In letzter Minute kam erst eine Einigung zustande. Hiernach werden mit Wirkung ab 1. April die jetzt bestehenden Höchsthöhenlöhne für die ungelerneten und angelernten Arbeiter um 4 Pf., für die Handwerker um 5 Pf. erhöht. Außer diesen Löhnen werden die Ortslohnzulagen, wie sie bisher bestanden haben, weiter gewährt. Die Anfangslöhne betragen 4 Pf. weniger für die Stunde, als die Höchsthöhe. Die jährliche Lohnsteigerung beträgt einen Pfennig pro Stunde, so daß der Höchsthohn nach vier Jahren erreicht wird. Die Auswirkung dieser Regelung ergibt, daß die ungelerneten und angelernten Arbeiter in den ersten vier Dienstjahren 3 Pf., die Handwerker 4 Pf. Lohnerhöhung erhalten. Vom 5. Dienstjahr ab beträgt die Lohnerhöhung für die ungelerneten und angelernten Arbeiter 4 Pf., für die Handwerker 5 Pf. Im übrigen ist das Lohnabkommen unverändert geblieben, da die von den Arbeitnehmern gestellten Anträge trotz allen Bemühens nicht durchgebracht werden konnten. Das neue Lohnabkommen tritt ab 1. April 1925 in Kraft und ist mit einmonatiger Frist, erstmals am 31. Mai zum 30. Juni 1925 kündbar. Diese Lohnvereinbarung bedarf nach der Zustimmung der Mittelstädte des Landesarbeitgeberverbandes. Obwohl diese Lohnerhöhung keineswegs den Teuerungsverhältnissen entspricht, muß doch konstatiert werden, daß ohne die Dramatik dieser nicht erreicht worden wäre, ja vielleicht kaum eine Lohnerhöhung. Nicht aller Gemeindearbeiter Bayerns ist es, für die Ausbreitung ihrer Organisationsfähigkeit zu sein, damit auch in Zukunft mit Nachdruck die Interessen der Gemeindearbeiter vertreten werden können.

Dortmund und Förde. Die jetzt abgeschlossenen Wahlen zu den Arbeiterräten der städtischen Betriebe Dortmunds hatten folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden gewählt 53 Arbeiterräte. Von diesen gehören dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 47 an.

Ein Arbeiterratsmitglied gehört zum freien Gärtnerverband, 4 Arbeiterräte sind im christlichen Verband, ein Arbeiterrat ist Mitglied einer syndikalistischen Organisation. — In den Betrieben der Stadt Förde wurden 8 Betriebsräte gewählt, die sämtlich den freien Gewerkschaften angehören. In beiden Städten hat seit den letzten Wahlen eine Verschiebung nicht stattgefunden.

Dresden. Unsere Ortsverwaltung hat am 3. März 1925 für die im Dienste des Rates der Stadt Dresden stehenden nicht vollbeschäftigten Reinigungsfrauen einen Tarifvertrag abgeschlossen, dessen Bestimmungen wir im Auszug bringen. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf alle nicht nur vorübergehend beschäftigten Reinigungsfrauen, die nicht vollbeschäftigt im Sinne des RRL — Gemeinbedarbeiter sind. Die Arbeitszeit regelt sich nach dem dem Bedürfnisse angepaßten Festsetzungen im Einzelfall. Der Ueberstundenzuschlag ist der gleiche wie bei den vollbeschäftigten Arbeitern. Als Ueberstunden gelten die über 48 Stunden in der Woche oder acht Stunden täglich geleisteten Arbeitsstunden. Der Lohn ist derselbe wie der der vollbeschäftigten Reinigungsfrauen. Daneben wird Rinderzulage gewährt. Der Urlaub ist wie folgt geregelt:

Nach einer Beschäftigungsdauer von	bei einer Arbeitszeit von			
	18 Stunden und mehr	24 Stunden und mehr	30 Stunden und mehr	36 Stunden und mehr
1 Jahr	8	8	4	4
3 Jahren	4	5	6	7
5 Jahren	5	6	7	8
10 Jahren	7	8	10	12
20 Jahren	8	9	12	15

Für die Urlaubstage wird der Lohn gewährt, der nach der durchschnittlichen Arbeitszeit in der Kalenderwoche auf den Tag entfällt. Krankelohn wird für die mindestens 18 Stunden in der Woche Beschäftigten nach den Bestimmungen des RRL — Gemeinbedarbeiter (§ 14) gewährt. Außerdem finden die Bestimmungen der §§ 7, 9, 10, 11, 15 und 19 des RRL — Gemeinbedarbeiter Anwendung. Als Schlichtungsstelle ist bei auftretenden Streitigkeiten der jeweilige Schlichtungsausschuß zuständig. — Durch den Abschluß dieses Tarifvertrages ist es unserer Organisation gelungen, daß für die nicht vollbeschäftigten Reinigungsfrauen, die bisher nur den gleichen Lohn wie die vollbeschäftigten Reinigungsfrauen ohne Rinderzulage hatten, auch die übrigen sozialen Bestimmungen des RRL — Gemeinbedarbeiter in Anwendung kommen und dadurch ihr bisheriges Arbeitsverhältnis wesentlich verbessert wird.

Eilenburg. In der Mitgliederversammlung am 22. März 1925 referierte Gauleiter Wachtendorf-Magdeburg über: „Zweck und Nutzen des Verbandes.“ Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem noch verschiedene Fragen vom Referenten beantwortet waren, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Halle a. d. S. Nach dem Bezirkszusatzabkommen sollten die Gasbeschäftigten im Mai 1924 gezwungen werden, wöchentlich 56 Stunden (innerhalb drei Wochen 168 Stunden) zu arbeiten. Ohne jegliche Verhandlung nahmen die Arbeiter des Gaswertes sowie des Wasserwertes aber lehnten dieses Diktat ab. Sie verlangten durch die Betriebsräte und ihre Organisation die gesetzlichen Ruhepausen. Im Januar 1925, also fast ein Jahr später, wurde die ebenerwähnte Arbeitszeit von 168 Stunden innerhalb drei Wochen, die nach Ansicht der Arbeiterschaft gegen die Gewerbeordnung sowie die Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 verstößt, durch Verfügung des Regierungspräsidenten auch im Gas- und Wasserwerk eingeführt; dieses bedeutet, daß den Arbeitern weder die gesetzliche noch die tarifliche Sonntagsruhe gewährt wird. Da nun der Magistrat seinem Blick im Fuhrpark mehr Ruhe gewährt als dem Menschen, so glaubten die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, an den hohen Festtagen mehr Ruhe verlangen zu können. Sie beauftragten den Betriebsrat, bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke vorstellig zu werden. Nach längeren Verhandlungen wurde von der Betriebsleitung, obwohl der Leiter des Dezernats für Arbeiterfragen mehrmals seine Zustimmung erklärt hatte, eine längere Ruhepause abgelehnt. Die Betriebsleitung ging sogar so weit, daß man einen Kollegen des Gaswertes mahnte, weil er den Ausdruck gebrauchte: „Er wäre es seiner Familie schuldig, daß er mit ihr einmal einen Tag vererbe.“ Glaubt nun die Betriebsleitung des Gaswertes, sie könne sich dieses erlauben, weil es sich hier um einen Kollegen handelt, der nicht fest zu seiner Organisation steht, so wird sie sich gewaltig irren und erreichen, daß die noch fernstehenden Kollegen sich restlos dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen, damit untergeordneten Beamten der Stadt die Luft genommen wird, sich Ueberaristie zu erlauben. Eins aber mag sich der Magistrat bei der Heberaristie sein lassen, die Reaktion auf die nun schon seit Monaten erfolgten scharfmacherischen Tendenzen bleibt nicht aus. Dann werden sich in Halle wieder ähnliche Verhältnisse wie in den Jahren 1919 und 1920 abspielen. Die halleschen Gemeinbedarbeiter haben aus der Vergangenheit des letzten Jahres Lehren gezogen. Die Entwicklung geht zur einheitlichen Organisation, alle Ersitter-

Organisationen auch im Elektrizitätswert bleiben beiseite und in geschlossener Front wird die Halle'sche Gemeindefacharbeiterchaft im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammengefaßt.

Kaufbeuren. In der gut besuchten Versammlung am 7. April referierte Gauleiter Weich über: „Allgemeine Beamtenträger unter besonderer Berücksichtigung der Personalverhältnisse in den Heil- und Pflegeanstalten“. Er kam auf die Beschlüsse im Bayerischen Landtag sowie im Reichstag in letzter Zeit in beamtenrechtlicher Beziehung zu sprechen. Empörung und Unzufriedenheit wurde bei den Versammelten bemerkbar, als der Gauleiter auf die Verlängerung des Besoldungssperregesetzes, welches mit Zustimmung der Mitglieder vom Deutschen Beamtenschaftsverband auf ein Jahr verlängert wurde, sowie auf die Verhandlungen über die Besoldungserhöhung einging. Dann gab Kollege Sagger, der Vorsitzende des Personalausschusses, einen Bericht über die Besprechungen, welche mit der Direktion gepflogen wurden. Er konnte mitteilen, daß nun endlich der Stellenausweis vom Ministerium fertiggestellt ist. In der Diskussion wurde dieses besonders benämigt. Allgemein kam zum Ausdruck, daß das Personal von ihm nicht viel erhoffte, daß er aber noch eine Verschlechterung gegenüber dem Alten brachte, wurde doch nicht erwartet. Nachdem noch der Vorsitzende auf die am 26. April stattfindende Reichspräsidentenwahl einging und den Anwesenden ans Herz legte, für die Kandidatur Marx zu stimmen, richtete er gleichzeitig einen Appell an die anwesenden Berufskollegen, welche dem Bayerischen Beamtenschaftsverband angehören, sie möchten endlich wieder den Weg zu uns zurückfinden, nachdem 93 Proz. des Personals der schwäbischen Anstalten in der Reichsleitung Gesundheitswesen organisiert sind.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Zwei Jubiläen. Der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher und der Verband der Glaser blühen in diesen Tagen auf ihrer vierzigjährigen Bestehen zurück. Zwei wertvolle Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegen vor uns. Die Maler gedenken ihres Jubiläumstages in einer 24 Seiten starken Jubiläumsschrift, die zurückgreift bis zur Hamburger Generalversammlung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ im August 1868. Was der Verband seit seinem Bestehen für seine Berufscollegen erreicht hat, kann hier im einzelnen nicht geschildert werden. Ein Fazit aber sei uns gestattet. In den 40 Jahren seit Bestehen mußten 2973 Lohnkämpfe und Aussperrungen geführt werden, wobei die zahlreichen Einzelkämpfe und vielen Lohnbewegungen gar nicht berücksichtigt sind. Soweit Gelder der Hauptkasse in Betracht kommen, sind bis zum Beginn des Krieges allem über vier Millionen Mark dafür ausgezahlt wurden. Dazu kommen für Krankenunterstützung von 1900 bis 1922 4 786 798 Mk., für Arbeitslosen- und Krankheitsunterstützung während des Krieges 3 409 132 Mk. und ähnliche Summen mehr. — Die Festschrift der Glaser konstatiert mit Befriedigung den Uebertritt zum Deutschen Bauergewerksbund, der sich nach vierzigjährigem Bestehen auf dem Verbandstag zu Leipzig Oktober 1922 vollzogen hat. Als Obmann der Reichsfachgruppe der Glaser wurde Hermann Eichhorn einstimmig gewählt, der in der Festschrift „40 Jahre Glasergewerkschaft“ eine kurze Skizze des Verbandes widmet.

• Internationale Rundschau •

Wohnungsbau durch die Gemeinden. Die private Wohnungsbauaktivität hat überall verflaut, sie vermochte nirgends die vorhandene Wohnungsnot auch nur teilweise zu beheben. Dagegen haben die Gemeinden in einer Anzahl von Ländern durch eigene Bautätigkeit bzw. Zuschüsse die Wohnungsnot weitgehend zu lindern vermocht. In England hat die Arbeiterregierung die Durchführung eines großen Planes zur Herstellung von Kleinwohnungen eingeleitet, die Bauten werden erst später in Angriff genommen. Aber auch im Laufe der vergangenen anderthalb Jahre wurden in London 26 000 Wohnungen mit staatlichen Zuschüssen gebaut. Der Wohnungsbau in Deutschland, der im vergangenen Jahre in recht erheblichem Umfang einsetzte, wurde ausschließlich aus den Mitteln der Länder und Gemeinden durchgeführt. In Oesterreich entsteht die Gemeinde Wien eine großzügige Bautätigkeit; dort werden seit jährlich 8000 Wohnungen von der Gemeinde gebaut. Die größten Erfolge zeigt jedoch die Gemeindebaupolitik in Holland. Hierüber schreibt der Becherstatter der „Frankfurter Zeitung“ aus Amsterdam: „Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues ist mit Hilfe des Staates und der Gemeinden in den letzten Jahren Außerordentliches geleistet worden. In drei Jahren (1921 bis 1923) wurden 129 000 Wohnungen gebaut. Allein im August waren 5572 Wohnungen fertiggestellt; in diesem Monat waren 33 000 Wohnungen im Bau.“ Die staatlichen Zuschüsse für den Volkswohnungsbau betragen im Jahre 1919 102, 1920 167, 1921 217, 1922 45 und 1923 24 Millionen Gulden. Für Mittelstandswohnungsbau wurden ebenfalls sehr große staatliche Zuschüsse gewährt. Für 1925 sieht das Budget außer den Zuschüssen für die Privatbautätigkeit 28 Millionen Gulden Zuschüsse an Gemeinden und Wohnungsbauvereine vor.

• Verbandsteil •

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
Die Stellung des Verbandsbeirats zum RML.**

Am 17. und 18. April tagte in Stuttgart der Verbandsbeirat. Im Hinblick auf die äußerst wichtige Tagesordnung waren auch alle Wirtschaftsbezirks- und Gauleiter zugezogen worden. Am ersten Verhandlungstage wurde der Bericht der Reichsstarfkommision über die Verhandlungen, die mit dem Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände über den Abschluß des Reichsmanteltarifvertrages 1925 geführt worden sind, entgegengenommen. Die nach langwierigen Verhandlungen in Hamburg und Berlin erzielte vorläufige Vereinbarung (siehe „Gewerkschaft“ Nr. 14 Seite 237) wurde einer eingehenden kritischen Würdigung unterzogen. Sehr erhebliche Bedenken wurden gegen die vorgesehene Regelung der Arbeitszeit geäußert. Ebenso wurde die ungenügende Berücksichtigung der Arbeitnehmeranträge in bezug auf Lohnzuschläge und die sozialen Einrichtungen sehr benämigt. Wenn der Verbandsbeirat trotzdem dem Abschluß des Reichsmanteltarifvertrages zustimmte, so geschah das in der Erwartung, daß bei den bezirklichen Verhandlungen über die Bezirkszusatzverträge noch manche Härte ausgeglichen werden kann.

• Rundschau •

Heimarbeitersammlung in Berlin. Mit Hilfe der Arbeitergewerkschaften aller drei Richtungen veranstaltete die Gesellschaft für Soziale Reform vom 28. April bis 15. Mai eine große Heimarbeitersammlung in den Landesausstellungshallen in Berlin. Der Zweck der Ausstellung ist, wie auch in der den Arbeitern naheliegenden Presse gelegentlich schon ausgeführt wurde, eine objektive Darstellung der heutigen Verhältnisse in der Heimarbeit. Keine einseitige Glorifizierung soll geboten werden, ebensowenig aber sollen natürlich auch vorhandene Mängel beachtet werden. Die großen Fortschritte, die weniger durch die Geleggebung als durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe auf dem Gebiete der Heimarbeit erlangt worden sind, sollen voll zum Ausdruck kommen und dem unorganisierten Teile der Heimarbeiterschaft zeigen, was die Selbsthilfe vermag. Indem aber auch schlechte Zustände aufgedeckt werden, soll zugleich ein Ansporn zu gewerkschaftlicher und geleggeberischer Weiterbildung gegeben werden. Nicht minder groß ist das Interesse, das die Veranstalter der Ausstellung daran zu haben glauben, daß diese auch die Aufmerksamkeit der nicht selbst in Heimarbeit tätigen Arbeitnehmer findet. Es dürfte von Nutzen sein, wenn möglichst weite Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten gut darüber unterrichtet sind, wie es in der Heimarbeit aussieht und welches Maß von Interesse und Solidarität man diesem Teile unseres Volkes schuldet. Die Dauer der Ausstellung kann nicht verlängert werden, so daß, wenn die großen Kosten, die der Gesellschaft für Soziale Reform und den Gewerkschaften erwachsen sind, einigermaßen gedeckt werden sollen, der Massenbesuch sich auf die 18 Tage, an denen die Räume in den Landesausstellungshallen zur Verfügung stehen, konzentrieren muß. Der Eintritt für Gewerkschaftsmitglieder beträgt 20 Pf. Eintrittskarten sind durch die Ortsverwaltung zu beziehen.

Abgebautenansiedlung in Preußen. Der Preussische Wohlfahrtsminister und der Preussische Finanzminister haben zugestimmt, daß die preussischen abgebauten Beamten und Lehrer für Heimstättenansiedlungen dieselben finanziellen Vergünstigungen erhalten, wie sie bereits die abgebauten Reichsbeamten genießen. Zu diesem Zweck ist ein Fonds bereitgestellt worden, der in gleicher Weise den einzelnen abgebauten Siedlungslustigen zugeführt wird, wie der feineren preussischen Beamten und Lehrern sind daher an die bezirklichen Wohnungsfürsorgegesellschaften zu richten. Die Anträge werden dort von den Beamtenförderungsbeiräten und unter Mitarbeit des Heimstättenamtes der deutschen Beamtenschaft weiter behandelt. Wir möchten auf diese Regelung aufmerksam und fordern die abgebauten Kollegen, die siedeln wollen, auf, möglichst umgehend ihre Anträge an die bezirkliche Wohnungsfürsorge zu stellen.

• Briefkasten •

Für gefälligen Beachtung! Nr. 18 der „Gewerkschaft“ erscheint wieder als Mit- und Agitationsnummer in besserer Ausstattung. Besondere Bestellungen müssen spätestens am Montag, den 27. April 1925, in den Händen der Expedition sein. „Technik und Wirtschaft“ Nr. 5 erscheint daher erst am 8. Mai 1925.

Berlin: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter R. Müntzer, Verbandsrat, Postfach 11111 mer., Berlin SO. 33, Schleifische Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Rheinische Schicksalsfragen. Eine Schriftenfolge, herausgegeben in Verbindung mit dem Westauschuh für Rhein, Ruhr und Pfalz von Prof. Dr. Rühlmann. Schrift 3: „Deutsche und französische Okkupationsmethoden 1871—1920“. Von Regierungsrat Karl Linnebach. Verlag von Helmar Hobbing, Berlin SW 61.

Das Best ist geeignet, die öffentliche Meinung und das Gewissen der Welt aufzurichten. Wenn die Franzosen ihre jetzt in den Rheinlanden beliebte Methode zu rechtfertigen suchen mit einem Hinweis auf das Verhalten der Deutschen während der kriegerischen Besetzung Frankreichs im Weltkrieg, so wird der Eindruck doch zugunsten Deutschlands ausfallen. Nur die Besetzungsmethoden nach dem 20. Mai 1871 und nach dem Versailler Vertrag lassen sich vergleichen. Der Verfasser schildert auf Grund seiner Kenntnis nach kurzer Vorausstellung der geschichtlichen und politischen Voraussetzungen erst die vereinbarten, dann die tatsächlichen Okkupationsmethoden. Seine Beispiele über die verschiedene Art der beiden Arten sind sehr lehrreich und, mit der graphischen Darstellung, auch sehr wirkungsvoll. — Als 4. Schrift erschien: Die französischen Schulen im Saargebiet. Von Dr. Gottfried Hiltbrog. Zum ersten Male bekommen wir hier etwas Authentisches über die Schulen im Saargebiet zu hören. Das Ergebnis eingehender persönlicher Forschung ist in dem Buch kritisch lesbar. Das demokratisch gestimmte Deutschland wird dieses Buch kritisch lesen müssen. So j. B. ist die kleine Ironie über Heinrich Heine auf Seite 68 nicht recht zu verstehen, weil die Schulkinder neben Goethe, Beethoven auch etwas über Heine während der Schulstunden erfahren. Der Verfasser hat dafür folgende wenig objektive Erklärung: Und Heine? — *Keine*, er hat in den „Reisefeldern“, im Buch „Le Grand“ dem französischen Kaiser durch den französischen Lambert ein Denkmal setzen lassen. Napoleonverehrung von einem Schriftsteller deutscher Sprache ausgesprochen, das dürfte sich natürlich die französischen Besatzungsbehörden nicht angehen lassen.“ Das auch Goethe zu den Napoleonverehrern gehört, scheint der Verfasser nicht zu wissen. Von deutschen Hürten erfahren die Kinder nach Hiltbrogs Ansicht wieder zu wenig. „Ueber unseren Friedrich den Großen hören sie nur die Geschichte vom Räuber von Sanssouci und die Anekdote von seiner Begegnung mit den Schulkindern.“ Das ist auch und zu wenig. Die Besatzungsbehörde sollte ruhig zeigen, in welchem Freundchaftsverhältnis deutsche Hürten zu Frankreich oft gestanden haben. Allgemein läßt sich sagen, daß fortgeschrittlich gestimmte Pädagogen und die Eltern, die sich für Erziehungsfragen interessieren, einen tiefen Einblick in die Schulverhältnisse der Proletarierkinder unter der „Gewaltverhärter“ bekommen.

„Die Heizerausbildung“. Buchausgabe der Unterrichtsblätter für Heizerschulen. Von Regierungsoberingenieur H. Spignas, Leiter der staatlichen Wanderturke für Heizer und Maschinisten im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Verlag R. Döbner & Co., München. Gehört 5 M., gebunden 6 M.

Der Leiter der staatlichen Wanderturke für Heizer und Maschinisten im preussischen Handelsministerium, Regierungsoberingenieur Spignas, gibt jedoch eine zweite Auflage seiner „Unterrichtsblätter für Heizerschulen“ heraus. Das Ergebnis einer zwanzigjährigen, praktischen Erfahrung wird hier in Buchform zusammenfassend dargestellt. Der reichgelehrte Inhalt behandelt: Grundbegriffe der Naturlehre, die Brennstoffe, die Dampfkesselanlagen, die Ueberhitzer, die Sicherheitsvorrichtungen am Dampfkessel, das Speisewasser, und in einem Anhang: das Arbeitsfeld des Heizers. Von dem ganz richtigen Gesichtspunkt ausgehend, daß die Tätigkeit des Heizers eine der wichtigsten Funktionen im Gesamtarbeitsprozeß darstellt, behandelt der Verfasser mit seltener Nebenbedeutung als die Gebiete, die zum Aufgabekreis eines mit allem technischen Raffinement ausgestatteten Heizerberufes gehören. Als die Väter, nach Einführung der Eisenbahn und Dampfschiffe, immer mehr miteinander zu verkehren begannen, wurde der Verkehr in Handel und

Industrie durch die verschiedenen Maßsysteme außerordentlich erschwert. Mitgebrungen mußten sich die Völker zur Annahme eines Gesamteinheitlichen entschließen. Dieses Einheitmaß ist das „Meter“. Maßgebend dafür war unsere Erdkugel. Ein Meter ist der 10 Millionenste Teil eines Erdkreises, den man sich um die Erde gezogen denkt, und der vom Nordpol, durch den Äquator hindurch, wieder zurück nach dem Nordpol geht. So führt Spignas in den Heizerberuf ein. Graphische Zeichnungen erleichtern die Annahme des reichgelehrten Stoffes, den zu beherrschen jeder Heizer bestrebt sein sollte.

Leo N. Tolstoj: Kindheit, Knabenalter, Jünglingsjahre. (Herausgegeben vom Insel-Verlag zu Leipzig.)

Als achter Band von Tolstoj's Gesamttausgabe erschien ein von G. Rühl übertragener Gesamtband. Erster Teil: Kindheit (1852). Zweiter Teil: Knabenalter (1854). Dritter Teil: Jünglingsjahre (1856 bis 1857). Der Roman gibt einen tiefen Einblick in die Seele des weltbekannten Dichters, der, im Gegensatz zu deutschen Arbeiterdichtern, in einem ganz anderen Milieu erzogen, mit echt epischer Muse die Sprache des schaffenden Volkes meisterhaft zu handhaben versteht. Graf Lew Nikolajewitsch Tolstoj wurde am 9. September (28. August) 1828 im Gouvernement Tula auf seines Vaters Besitzung Jasnaja Poljana geboren, erhielt eine gute häusliche Erziehung und bezog 1843 die Universität Kasan, wo er ein Jahr orientalische Sprachen und zwei Jahre Rechte studierte. 1848 machte er in Petersburg das juristische Kandidatenexamen und begab sich dann wieder — seinen literarischen Neigungen folgend — in die Einsamkeit und Stille des Dorfes Poljana zurück. Er heiratete 1862 die Tochter eines Moskauer Arztes und lebte von nun an in größter Einsamkeit und Zurückgezogenheit. Durch seine beiden Romane „Krieg und Frieden“ (1865—1869), „Anna Karenina“ (1874 bis 1876) erlangte er einen Ehrenplatz in der modernen russischen Literatur. Bis zum Beginn der Abfassung des Romans „Krieg und Frieden“ und dann wiederum nach dessen Vollendung beschäftigte sich Tolstoj vorzugsweise mit Volkspädagogik; er errichtete auf seinem Gut eine „Freie Schule“, veröffentlichte in seiner Zeitschrift „Jasnaja Poljana“ zahlreiche volkserzieherische Abhandlungen, die lebhaft anerkannt wurden, und in den 1880er Jahren eine Anzahl für das Volk bestimmter kleinerer, viel humaner, von christlichem Geist getragener Erzählungen (fast sämtlich deutsch von H. Goltzschmidt in „Volkserzählungen des Grafen Leo Tolstoj“ in Reclams Universal-Bibliothek erschienen.) 1887 kam auch auf deutschen Bühnen aufgeführte Stümmchen „Die Nacht der Himmelsruhe“. Bedürfnislosigkeit und Nächstenliebe vom Menschen fordernd, betätigte Tolstoj seine Lehren dadurch, daß er, unter Bauern lebend, selber wie ein Bauer arbeitete und jeden nach Kräften mit Rat und Tat unterstützte. Von neueren Werken nennen wir: die Novelle „Die Krugersöhne“, das satirische Lustspiel „Früchte der Bildung“, die Erzählung „Vater und Arbeiter“, „Politik und Religion“, „Christentum und Patriotismus“ und endlich den Roman „Königsreich“, der den heiligen Synod veranlaßte, Tolstoj 21 (6.) März 1901 aus der orthodox-orthodoxen Kirche zu exkommunizieren. Von Tolstoj's „Antwort an den Synod“ wurde die deutsche Uebersetzung im Oktober 1901 in Leipzig beschlagnahmt. Uebersetzt sind die Werke Tolstoj's in alle Kultur Sprachen, außerdem sogar ins Chinesische.

Humboldt's Briefe an eine Freundin. Ausgewählt und herausgegeben von Albert Reymann im Insel-Verlag zu Leipzig. Preis 3 Mark.

„Ich bin ein großer Feind von alten Briefen“, schreibt Wilhelm von Humboldt einmal an seine Freundin Charlotte Hildebrand. „Und wenn auch gar nicht darinnen steht, was irgend jemandem im geringsten nützlich sein könnte, habe ich das Aufheben nicht gern.“ Ein Brief ist ein Gespräch zwischen Adressanden und Empfänger. Werden soll der Eindruck, den er in der Seele hervorbringt. Ein seltsames Vertrauensverhältnis offenbart sich hier dem Leser. Die nervöse Reizbarkeit eines heranwachsenden Mädchens neigt zu einer Ueberschwänglichkeit des Empfindungslebens und zu einer phantastischen Weltanschauung, die zu herben Einsichtigungen führen mußten. Mit einem reichen und eleganten Lebensmilieu verlobt, lernt Humboldt in Vermont die Waisenstochter Charlotte Hildebrand kennen, verbringt drei Tage mit dieser in lichter Harmonie, und bleibt bis etwa 10 Jahre vor seinem Tode ihr Freund und Ratgeber.

APFELWEIN
nach Lit. 30 Fl., 40 u. 50 Fl.
14 Fl., Schenkenpreis 75 Fl.,
auf 100 Liter. Same, 100 Liter
100 Liter, 150 Liter, 200 Liter
Pilsenerbier, Brauerei.

Maßgarderobe
Erl. Maßgarderobe
auch herstellbar aus Stoff.
Kauf Schellman, Schneider-
meister, Br. Frankf. Str. 47 I

la Eiderfellkase
9 Pfd. — 6 M. franko
Kaufmannsdruckerei, Braunschweig 1921

„Kommet-Freilauf“
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Betten aus prima
sichem Kopen.

Langjährige bewährte
Erfahrung und Treue auf dem
50 verschiedenen Preisen bei, Einzelnen
oder Guld zurück. Treue und Treue!
Bettfabrik Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

W. Dittmer, G. m. b. H., Werd I. W. 22

Hermann Engel, Berlin C 25, Landsberger Straße 85-87

Außergewöhnlich billige Pfingstangebote in allen Abteilungen.

Donegal-Kostüme ganz gefüttert, sämtliche Größen 21.50
Tuchmäntel aus feinsten Stoffen, in allen Farben und Größen 19.50
Covercoatmäntel 13.50 9.95
Donegal-Mäntel 12.50 8.95

Complets (Kleid mit Jacke) in nur modernen Stoffen und Farben 39.75
Washseiden-Kleider modern, streiftu kariert seitlich schöne Farben und Formen 13.75
Kunstseidentrikot-Kleider nur prima Qualität, neueste Muster 19.50, 18.50, 12.50 9.95
Reinwollene Rippskleider mit taurem Ärmel 19.50

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung im I. Stock

Verlangen Sie bitte kostenlose Zusendung meiner illustrierten Frühjahrspreisliste!

Meine Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. Nichterfolgend wird ohne weiteres zurückgenommen. Ein besonders für die Versandabteilung geschultes Personal führt Ihre Aufträge so sorgfältig aus, als ob Sie die Wahl selbst getroffen hätten.

Madras-Garnitur 3teil., schöne helle Farben 19.50, 12.50, 7.25
Madras-Garnitur 3teilig, bla., buntfarbig 45.-, 32.-, 25.- 19.50
Etamine-Garnitur 3teilig, mit reichen Einsätzen 19.50, 13.-, 11.50 8.50
Etamine-Halbstores mit Handflur 25.-, 19.50, 12.50, 6.75

Bouclé-Teppiche, schwere Qualität Gr. ca. 166/235 220/300 290/380 30-/100 54.- 58.- 115.- 175.-
Wollplisch-Teppich „Herat“ Gr. ca. 130/20 165/235 200/300 250/350 300/400 45.- 65.- 95.- 145.- 195.-
Läuferstoffe gestreift Mtr. 6.50, 5.25, 2.00 1.50
Wanddecken Oobelin- und Perser-Muster 23.50, 19.50, 13.50, 9.75

Reisendecken und Plais 54.-, 42.-, 26.-, 16.50
Schlafdecken gestreift 375, 225, 150
Schlafdecken Wolle u. Kamelhaar 25.-, 24.-, 16.50, 11.50
Stoppdecken Satin, in viel Farb. 24.00, 19.50, 17.50
Baumdecken in allmod. Farb. 12.50
Baumdecken doppelt. Satin 9.75

Neueste Frühjahrs- und Sommer-Herrenkonfektion.
 Elegante Herren-Anzüge H. 110.00, 80.00, 67.00, 54.00, 45.00 - Ulsier, Paletots u. Cov rcoat-Hänseln H. 130.00, 104.00, 88.00, 75.00, 49.50, prima Schneiderarbeit, Ersatz für Maß, in nur guten, weichen Stoffen - Herren-Gummihänseln in verschiedenen Fassons H. 20.50, 22.50, 16.50 - Herren-Batiké der, gestreift, aus guten Stoffen. H. 18.50, 16.50, 14.50, 8.50

Sportblusen aus la Perkal, moderne Streifen, auch große Weiten 4.50
Weißer Waschblusen aus Opal u. Schweizer Voll-Voll 14.50, 12.50, 9.50 5.50
Jumper aus Kunstseidentrikot 5.90, 3.90
Kasack aus Kunstseidentrikot 12.50, 8.90, 7.50
Damen-Taghemd m. Hohlbaum u. Trägern 2, 45 2.10
Damen-Nachthemd Kimonoform, mit Hohlbaumgarnierung 1.50
Makroschlüpfer in allen Weiten 1.50
Kunstseidene Schlüpfer in allen Farben und Weiten 4.50
Kunstseidene Prinzbrücke in modernen Farben u. Weiten 5.90

Garniertes Kinderkleid mit Bubbikragen u. entzück Schiefe Gr. 50 3.00
Covercoat-Mädchen-Mantel mit reicher Stepperei, Gr. 60 9.75 (Steigerung 0.75)
Knaben-Anzug, marine mit Ueberkragen, Schnulpiem Gr. 0 10.75
Kieler Pyjack mit Aermelstickerei 11.50 (Steigerung 1.-)
Korsett niedrige Form, mit Langgette und 4 Haltern 2.90
Büstenhalter aus feinem Trikot 2.95
Wirtschaftsschürze extra stark, gestreifter Stoff 1.50
Hauschürze Wiener Form mit Volant 1.95
Kleiderschürze prima Satin mit Volant 6.90

Lisere-Hüte imitiert, in sehr eleganten Fassons 1.75
Elegante Toga-Picoribite mit reicher Blumenarbeit 17.50, 14.50 12.50
Eleganter Lisere-Hut mit echter Stangenreiter-Garnitur 12.90
Herrenstoffe 140 cm breit in ged. eg. Qual. Mtr. 12.50, 8.50, 5.90 4.25
Muss.-Damenstrümpfe la Qual schwarz 9.90
Fiorstrümpfe in prima Qualität nur helle Farben 1.10
Seidenfior-Damenstrümpfe neue moderne Farben 2.25 1.45
Kunstseidene Damenstrümpfe in allen modernen Farben 7.90
Kleiderröckchen in versch. Farb. Gr. 1 8.25
 Steigerung 0.05

Crépe-Schatten und Streifen 100 cm breit, hell- und m. tref. farb. Mtr. 7.90
Baumwoll-Musselin in groß Farbensortiment Mtr. 1.10
Tulle de soie (Washseide) in vielen Lichtfarben Mtr. 7.75
Kostüm- und Mantelstoffe 130 cm breit, reine Wolle 6.50 Mtr. 6.50
Oberhemden prima Perkal mit 2 Kragen 8.00
Krawatten moderne Muster 1.90
Farbige Herren-Garnituren in 4.50
Mako-Herrensocken in vielen Farb. 0.75 0.55
Schw. baumw. Damenstrümpfe Kraft Qual. 10 1.35
 0.65 0.90 1.10 1.35

Als Abgehauer (Uhrengeschäft meines Schwiegervaters übernommen) biete an:
14 Kar. vergold. Sprungdeckeluhren 10jähr. Garantie, auf die Minute genau geh. Marke Jungbans, Drusus ou. Schweizer, nehme standstills zurück, wenn nicht ge. bill. gegen 70 M. bei 25 M. Anzahl, dann monatl. Raten von 15 M., ohne Ernebung eines Zus. lags.
 Zahlreiche Dankschreiben.
Julius Heitschel, Markenschmied
 Uhren, Optik, Grammophon, Geigen, Zupf- und andere Instrumente.

Ernst Heß, Nachf.
 Gey. 1872, Klagenfurt St. Nr. 190
 Alle Musikinstrumente, Harmonikas, Spanschore, Fabrikation I. Handgröße
 Fabrikpreise. Gr. Jahrl. Katalog gratis.
 Schallplatz, St. 2, 30 H.

Willste Musik treiben -
 Welche Dörfel schreiben!

MUSIK Instrumente
 für Bräuer, Schule und Haus
 Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
 Kimmelstr. 11, Sachs. Nr. 50

Gute starke Keste
 in Manchester u. Bielefeld
 7 bis 15 Meter lang u.
 in Kleider Saal.
 Bestel. I. Tag zur Wahl
 Smith, Schmidt,
 Hannover 14 R.

Ihr Geldbeutel
 wird fett, wenn Sie billig rauchen, es kostet 5 Pf. für eine Karte an Tabakfabrik "Weintraf"
KHler, Bruchsal 197.
 aus Preisliste riskieren Sie es, Sie hereuen es nicht.
 Gar. reiner Bienen Schleuder Honig
 letzter Ernte, la Qual. feinstes, unverfälscht. Bienenprodukt, 10 Pfd. Postdose 11 M. franko Nachnahme.
INKREI REIMERS,
 Quickborn (Hbst.) 61.

Achtung Radfahrer!
Fahrad-Reifung!
 Wäschdecken, grau 3.25
 Wäschdecken, sa. weiß 4.00
 Bergdecken, sa., weiß 4.50
 Bergdecken, extrastark 5.00
 Luftschlinder, extra sa., 1.25
 Carbidleuchte, Mess., verwick. 4.50, Preis. 10 Fahr. erst. Versand mit. Nachb. bei Bergr. in 20.00 Versand u. Porto
 (Post. Präm. u. streng rech. bei.
Otto Haack,
 Kl.-Steinheim a. M.
 fahrdier u. Gummivar-Fers

MÖBEL auf Teilzahlung
Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
 Küchen, Klubgarnitur, Einzelmöbel
 in gediegener Qualität, noch billig
Möbelhaus BEISER
 Lothinger Straße 67

Kennen Sie Kaiser's
 Wäschep. eise? Sofort verlangen! Oberhemd mit 2 Kragen nur 5.50 M. Linon-Bettgarnituren, steile nur 11.50 M. H. Bruno Kaiser, Ober- u. enen, Bez. Dresden.